

Er scheint täglich außer Montags. Abonnementspreis: 3,00 Mtl., monatlich 1,10 Mart, wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg., Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,50 Mtl. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mart, für das übrige Ausland 3 Mart pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1906 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für eine Zeile 10 Pfg., für kurze Notizen 15 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redak.: Nr. 1508. Telegr.-Adress: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Dienstag, den 15. Dezember 1896. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Die Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufs-genossenschaften, die dem Reichstag soeben zuging, weist abermals eine Steigerung der Unfälle auf. Als die Unfallversicherungsgesetze geschaffen wurden, wurde seitens der Regierung hervorgehoben, daß dieselben nicht nur dem Verunglückten und seinen Hinterbliebenen eine Rente sichern, sondern daß sich gerade durch das System der Berufs-genossenschaften, auf dem sie beruhen, die Zahl der Unfälle vermindern würde, denn es liege ja von nun an im weitesten Interesse der Unternehmer, den Betrieb so sicher wie möglich zu gestalten und alle erforderlichen Schutzvorrichtungen anzubringen, da jeder Unfall die Unternehmer belaste, die ganz allein die Unkosten der Unfallversicherung trügen. Alle von unserer Seite gestellten Anträge, welche die Beaufsichtigung über die Unfallversicherung unparteiischen Organen, den Gewerbe-Aufsichtsbeamten, überweisen wollen, werden mit Hinweis auf jene Behauptungen zurückgewiesen.

Und doch zeigen die Thatfachen, daß wir wieder einmal recht haben. Denn erstens ist seit Einführung der Unfallversicherung und der seitdem angelegten „im eigenen Interesse der Unternehmer von ihnen gestifteten Unfallversicherung“ die Zahl der Unfälle nicht gesunken, sondern gestiegen, und zweitens tragen nicht die Unternehmer allein die Unkosten der Unfälle, sondern die Arbeiter steuern durch die Krankenkassen, deren Einnahmen zu 2/3 von den Arbeitern herkommen, ganz beträchtliche Summen dazu bei. Die Krankenkassen haben ja bis zum Ende der 13. Woche alle Unkosten zu tragen, und bei Unfällen, die ohne dauernden Schaden verlaufen, sind sie es allein, welche in Mitleidenschaft gezogen werden. 1895 kamen von den 310 139 Unfällen 243 612 allein den Krankenkassen zur Last, da die Erwerbsunfähigkeit der Verletzten weniger als 13 Wochen betrug. Leider fehlt jede Angabe darüber, wie viel Unkosten den Krankenkassen durch die Unfälle erwachsen. Es ist sehr wünschenswert, daß die Orts-Krankenkassen eine solche Statistik vornehmen, damit dieselbe bei der Beratung der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz benützt werden kann.

Betrachten wir nun, welche Opfer an Leben und Gesundheit die Arbeiter auf dem Schlachtfelde der Arbeit darbringen mußten.

Am 1. Januar 1885 trat das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 in Kraft, am 1. Januar 1887 die auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe ausgedehnte Novelle vom 5. Mai 1886 und am 1. Januar 1888 die Unfallversicherung der Seelen. Die Zahl der Versicherten hat sich dadurch fast verdoppelt; sie betrug 1885: 3,7 Millionen, 1895: 18,4 Millionen. Die Zahl der Verletzungen weist aber nur scheinbar eine Abnahme auf, indem durch Pinguziehung der mit weniger gefährlichen Maschinen arbeitenden Landwirtschaft die Unfallgefahr durchschnittlich verringert wurde; in den 64 gewerblichen Berufs-genossenschaften haben sich aber die Unfälle vermehrt.

Es betrug die Zahl der Verletzten		
in allen Berufs-gen.	auf 1000 Versicherte	i. d. gewerblichen Berufs-gen. auf 1000 Versicherte
1886 100 159	27	
1888 138 057	13	121 164
1889 174 874	13	139 549
1891 224 337	12	162 674
1895 310 139	17	238 727

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Wenn man das Benehmen Rienzi's in dieser schrecklichen Periode seines Lebens unparteiisch untersucht, so ist es kaum möglich, ihm einen einzigen politischen Fehler nachzuweisen. Seine früheren Fehler vermeiden, zeigte er keine übermäßige Pracht und überließ sich nicht jener reichen Einbildungskraft, welche mehr als die Götter den Tribunen zu glänzenden Aufzügen und äußerem Pomp veranlaßt hatte. Er war mäßig, wachsam und vorsichtig. „Nie,“ bemerkte ein nicht unparteiischer Zeuge, „sah man einen so außerordentlichen Mann. Er vergaß kein einziges der Bedürfnisse Roms, unermüdet beschäftigt, sah und untersuchte er alles selbst, in der Stadt, in dem Heere, für den Frieden oder für den Krieg.“ Er wurde jedoch nur wenig unterstützt, und diejenigen, auf die er sich verlassen mußte, waren bei weitem nicht so thätig und aufopfernd als er. Seine Waffen begünstigte aber immer noch das Glück. Ein Kastell nach dem andern, ein Ort nach dem andern unterwarf sich den Helden der Republik, und selbst der Lebergabe Palatinas sah man stäublich entgegen. Seine Gewandtheit wurde immer besonders bemerkbar in schwierigen Verhältnissen, wie dieses auch besonders aus der Art und Weise, wie er das eiserne Joch seiner ausländischen Soldner abwarf, hervorgeht. Diese räuberischen Krieger waren mit Schrecken erfüllt worden durch den Tod Monreals und durch die Einspernung seiner Brüder. Von Rom entfernt und unter Annibaldi gegen die Barone kämpfend, wurden diese Feinde durch fortwährende Beschäftigung und fortwährende günstige Erfolge abgehalten, sich gegen ihren eigenen Herrn zu wenden, während Rienzi dem natür-

Getödtet wurden 1895 in den gewerblichen Betrieben 3644 = 67 von 10 000 Versicherten, in den landwirtschaftlichen Betrieben 18, in Staatsbetrieben 7, in Provinzial- und Kommunalbetrieben 2, im ganzen 6448 Getödtete, welche 4185 Wittwen, 8866 Kinder und 249 Eltern zurückließen.

Dauernd völlig erwerbsunfähig wurden 1895 in den gewerblichen Betrieben 790, in den landwirtschaftlichen Betrieben 571, in den Staatsbetrieben 312, in den Provinzial- und Kommunalbetrieben 5, zusammen 1768 völlige Krüppel. Dauernd theilweise erwerbsunfähig wurden in den gewerblichen Betrieben 19 312, in den landwirtschaftlichen Betrieben 19 529, in den Staatsbetrieben 1894, in den Provinzial- und Kommunalbetrieben 122, zusammen 41 052 theilweise Krüppel. Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit trotz in den gewerblichen Betrieben 9982, in den landwirtschaftlichen Betrieben 15 070 (i), in den Staatsbetrieben 801, in den Provinzial- und Kommunalbetrieben 74, zusammen 26 821 vorübergehende Erwerbsunfähige.

Welche Summe von Schmerz und Leid werden diese Ziffern! Wie viel zerstörtes Lebensglück, wie viel Noth und Entbehrungen!

Und welche Armeen von Getödteten und Verkrüppelten sind seit Bestehen der Unfallversicherungsgesetze auch nur innerhalb des beschränkten Wirkungsbereiches derselben amtlich festgestellt! Man beachte nur die nachstehenden Ziffern über die versicherungspflichtigen Betriebe!

	Tod	Dauernde Erwerbsunfähigkeit	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Zahl aller Verletzten
1886	2716	1778	3981	2085
1887	3270	3166	8462	2204
1888	3645	2208	11 023	4186
1889	5185	2882	16 837	6 615
1890	6958	2681	22 625	10 166
1891	6346	2561	27 788	13 812
1892	5911	2664	30 992	16 087
1893	6336	2507	36 670	17 216
1894	6861	1784	39 487	21 987
1895	6448	1706	41 052	26 821
	58 176	23 932	268 397	120 679
				2 143 145

Also über 2 1/2 Millionen Arbeiter wurden verletzt, davon 58 176 getödtet, 23 932 völlige Krüppel, 268 397 theilweise Krüppel, 120 679 vorübergehend erwerbsunfähig! Und dabei sind ja nicht alle Betriebe versicherungspflichtig! Handwerk, Dankelegewerbe, Gefundenstand sind ausgeschlossen!

Nun sagen die Vertheidiger der Unternehmerinteressen, die Steigerung der Unfälle rühre nicht von einer Vergrößerung der Betriebsgefahr her, sondern davon, daß je länger das Gesetz bestünde, um so mehr auch von dem Anspruch auf Heute Gebrauch gemacht und jeder noch so winzige Unfall zur Anzeige gebracht werde. Dem gegenüber genügt es darauf hinzuweisen, daß, nachdem von unserer Seite die Unrichtigkeit dieser Anschauung wiederholt dargelegt wurde, nun auch die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sich unserer Anschauung anschließen. So erklärt im Bericht für 1895 der Gewerbe-Rath für Danzig:

„lichen Widerwillen der Römer gern nachgebend, auf diese Weise die Nordmänner von aller Verührung mit der Stadt fern hielt, und, wie er sich rühmte, der einzige Herrscher in Italien war, welcher nur durch seine Bürger in seinem Palast bewacht wurde. Trotz seiner gefährlichen Lage, trotz seines Mißtrauens und seiner Besorgnisse bestedte keine übermäßige Grausamkeit seine strenge Gerechtigkeitsliebe — Monreal und Pandulfo di Guido waren die einzigen politischen Opfer, die er nicht verschonen konnte. Wenn nach der düsteren machiavellistischen Staatskunst der Tod dieser Feinde unpolitisch war, so lag der Fehler nach den Begriffen dieser Staatskunst nur in der Art und Weise ihres Todes. Ein Fürst von Bologna oder von Mailand würde die durch das Blutgerüst erregte Theilnahme vermieden haben und das Erwürgen oder Erdolchen wäre ein sicheres Mittel gewesen. Doch bei allen seinen Wirklichen oder ihm angegedichteten Fehlern unterstüßte keine einzige Handlung jener schändlichen und hinterlistigen Politik, welche die glücklicheren Fürsten Italiens zur Wissenschaft erhoben hatten, jemals den Ehrgeiz des letzten der römischen Volkstribunen. Was auch seine Mißgriffe gewesen sein mögen, so lebte und starb er, wie es einem Manne gebührte, den der eitle aber glorreiche Traum besetzte, er könne den Genius der alten Republik in jenem verderbten und entarteten Volke wieder beleben. Von allen, die den Senator umgaben, war immer noch der am meisten begünstigte Angelo Villani. Er war zu einer hohen Würde befördert worden und Rienzi fühlte sich selbst wieder jung, indem er glaubte, eine Person gefunden zu haben, die seiner Wohlthaten würdig sei — er liebte den Jüngling mit der Innigkeit eines Vaters. Villani wich nie von seiner Seite, außer wenn er die verschiedenen Anführer des Volkes besuchte, und in diesem Umgange war sein Eifer unermüdet und schien selbst an seiner Gesundheit zu nagen, auch machte Rienzi ihm oft Vorwürfe, wenn er das matte

Man täuscht sich, wenn dem zuverlässiger gewordenen Meldewesen zu große Bedeutung beigemessen wird. Die Zahl der Unfälle, für welche Anzeigen erstattet worden sind, steigerte sich von 27,42 in 1887 auf 37,21 in 1894 vom Tausend gerechnet, also um 35,7 pCt. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Fälle, bei welchen jeder Zweifel an der Zuverlässigkeit der Angaben ausgeschlossen ist, steigerte sich bei 1000 Personen. Von 4,14 in 1887 auf 6,54 in 1894, also um 59 pCt. Hieraus darf gefolgert werden, daß das zuverlässiger geworden Meldewesen in der That nicht den Einfluß auf die Erhöhung der Unfallziffer haben kann, welcher ihm gewöhnlich beigemessen wird.

Wir werden auf die Ursachen der Unfälle noch später einmal zurückkommen und an der Hand der Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zeigen, wie es die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums ist, welche die Unfälle steigert, weil schließlich der Beitrag zur Berufs-genossenschaft, auch wenn er durch gesteigerte Unfälle erhöht wird, geringer ist als die Unkosten, welche eine vollkommene Unfallverhütung verursacht.

Hier wollen wir nur noch darauf hinweisen, in welchen Betrieben diese Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums am größten ist und die meisten Unfälle sich ereignen.

Von je 100 000 versicherten Personen waren 1895 durchschnittlich bei allen Betrieben verletzt 1687, bei den gewerblichen Betrieben 3790, bei den landwirtschaftlichen Betrieben 658, bei den Staatsbetrieben 3392, bei den Provinzial- und Kommunalbetrieben 1251. Von den gewerblichen Betrieben waren die meisten Verletzten, nämlich von 100 000 Versicherten 15 283 Personen in den Rheinisch-Westfälischen Häuten- und Walzwerken, denselben Unternehmungen, die auch das Koalitionsrecht der Arbeiter am meisten mit Füßen treten. Dann folgen die ebenso arbeiterfreundlichen (nicht-staatlichen) Bergwerke, denn in den Ruapuschaischen Berufs-genossenschaften sind von 100 000 Versicherten 9428 Verletzte. Hieran schließt sich die Süddeutsche Eisen- und Brauerei- und Mälzerei-Berufs-genossenschaft mit 8940, die Stahnenbau-Berufs-genossenschaft mit 7762, die Schlesiache Eisen- und Stahl-Berufs-genossenschaft mit 7690, die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufs-genossenschaft mit 7479, die Speiditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufs-genossenschaft mit 6615, die Berufs-genossenschaft der Gas- und Wasserwerke mit 5271, und der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleinereisen-Industrie mit 5127. Die Bayerische Baugewerks-Berufs-genossenschaft mit 5196 auf 100 000 Versicherte hat weit mehr Unfälle als die übrigen Baugewerks-Berufs-genossenschaften; am nächsten kommt ihr noch die Hamburgische Baugewerks-Berufs-genossenschaft mit 4328, die Nordöstliche Baugewerks-Berufs-genossenschaft mit 4131, die Hessianische Nassauische mit 3410, die Schlesiach-Posensche mit 3183, die Sächsische mit 3126, die Südwesliche mit 2888, die Rheinisch-Westfälische mit 2891, die Württembergische mit 2590, die Sächsische mit 2096, die Hannoverische mit 1756, die Magdeburgische mit 1378.

Unter den landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften übertrifft den Durchschnittsbah von 658 Verletzten auf 100 000 am meisten die Mecklenburg-

Augen und die bleichen Wangen bemerkte, die den Glanz und die Blüthe der Jugend verdrängt hatten.

Auf solche Vorwürfe antwortete der junge Mann immer mit denselben Worten:

„Senator, ich habe ein heiliges Gelübde zu erfüllen,“ und bei diesen Worten lächelte er auf seltsame Weise.

„Einst sagte Villani, als er mit dem Senator allein war: „Erinnert Ihr Euch, wie ich vor Viterbo mich im Kampfe so auszeichnete, daß selbst der Kardinal Albornoß aufmerksam auf mich wurde?“

„Ich erinnere mich Deiner Tapferkeit sehr wohl, Angelo, aber weshalb die Frage?“

„Edler Herr, Bellini, der Hauptmann der Wache des Kapitols, ist gefährlich krank.“

„Ich weiß es.“

„Wem könnt Ihr diesen Posten anvertrauen?“

„Nur dem nächsten Offiziere, seinem Hintermann.“

„Was, einem Manne, der unter dem Orjini gedient hat?“

„Ja freilich. Gut, da ist noch Tommaso Filangiati.“

„Ein vortrefflicher Mann, aber war nicht Pandulfo di Guido sein Verwandter?“

„Ja, das ist wahr. Hast Du jemand vorzuschlagen?“

„Nicht,“ sagte der Senator lächelnd. „Mir dünkt, Deine Einwürfe deuten dahin.“

„Edler Herr!“ erwiderte Villani erdhend, „ich bin vielleicht zu jung, aber der Posten erheischt mehr Treue, als Jahre, und soll ich es gestehen, ich würde Euch lieber mit dem Schwerte, als mit der Feder dienen.“

„Wißt Du wirklich den Posten annehmen? Er bringt weniger ein, als das Amt, das Du jetzt bekleidest, und Du bist freilich für die hartnäckigen Vürsche, die unter Deinem Befehl stehen würden, noch zu jung.“

„Senator, ich habe tüchtigere Vürsche, als diese, in

Strelitz'sche Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft mit 2099 Verletzte; am nächsten steht ihr die Mecklenburg-Schwerin'sche Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft mit 1472 Verletzte.

Dah in dem einen Landestheil bei denselben Betrieben mehr oder weniger Unfälle sich ereignen als im anderen, ist nicht vom Zufall abhängig, sondern von der Art des Betriebes (bei der Landwirtschaft die mehr oder minder große Anwendung von Maschinen) und der Größe der Unternehmer-Rückständigkeit respektive, was stets im umgekehrten Verhältnis zu jener steht, zur Stärke oder Schwäche der Arbeiterorganisation. Wo diese kräftig und das Selbstbewußtsein der Arbeit gewekt ist, dort wagt das Unternehmertum nicht, den Arbeitern Zumutungen zu stellen, durch die sie in ganzen Battalienen auf dem Schlachtfeld der Arbeit zum größeren Profit des Kapitals verbluten müssen. Bei Beratung der Unfallversicherungs-Novelle wird unsere Fraktion darauf zu dringen haben, daß der Schutz der Arbeiter vor Gefahren nicht wie bisher von dem Gutdünken und der Profitberechnung der Unternehmer abhängig ist und seine Ueberwachung strenger durchgeführt wird.

Eine Parallele.

„Wir in Deutschland haben die arbeiterfreundlichere Regierung und Gesetzgebung“ — das hören wir so oft, und das hören wir erst vor wenigen Tagen aus dem Munde des Staatssekretärs v. Bötticher. Daß gerade die deutschen Staatsmänner und Politiker es sind, bei denen, trotz der abgeleiteten Phrasen von der „deutschen Treue“, Worte und Taten am weitesten auseinandergehen, das ward in diesen Blättern schon wiederholt auseinandergesetzt und an klassischen Beispielen gezeigt. Jetzt geben die Thatsachen diesem selbstgefälligen Pharisäergerede wieder einmal eine recht kräftige Ohrfeige.

In Deutschland bricht ein Eisenstreik aus — ein Streik, der die gesamten deutschen Handelsinteressen auf das ernsteste gefährdet. Die deutsche Reichsregierung rührt und regt sich nicht. Ein Schiedsgericht wird von autoritativ-bürgerlicher Seite vorgeschlagen. Die Arbeiter nehmen es an, die Arbeitgeber weisen es schroff zurück. Die deutsche Reichsregierung rührt und regt sich nicht; eines ihrer Mitglieder erklärt aber im Reichstag, daß die Arbeiter im Unrecht seien, ergreift also in der unabweislichsten Weise die Partei der Arbeitgeber. In dieser Haltung, die einer auf ihr sozial-reformatorisches Wirken und auf ihre Arbeiterfreundlichkeit so gern pochenden Regierung gar sonderbar zu Gesicht sieht, verhält die deutsche Reichsregierung bis zum heutigen Tage.

So ziemlich zu gleicher Zeit mit dem Ausbruch des Hamburser Hafenstreiks drohte in England ein Streik von Eisenbahn-Arbeitern und Bediensteten. Das gewerkschaftlich organisierte Personal der mächtigen Eisenbahn-Gesellschaft Englands, der North Western Railway Company ließ der Oberverwaltung eine Denkschrift zugehen, in der bessere Zahlungs- und Arbeitsbedingungen, namentlich eine bessere Regelung der Arbeitszeit als Streikobjekt hingestellt wurde, jedoch ohne Hinweis auf unmittelbar zu ergreifende Maßregeln. Die Antwort der Eisenbahnbehörde war, daß sie ihren Beamten ein Formular vorlegen ließ, durch das sich dieselben verpflichten sollten, an keinem Streik sich zu beteiligen und während der Weihnachtszeit, wo der Verkehr außerordentlich stark ist, unter allen Umständen an ihrem Posten zu bleiben. Wer nicht unterschrieb, sollte sofort seinen Abschied erhalten. Einige Beamte, die sich weigerten, wurden Knall und Fall entlassen. Allein ehe das Formular die Runde gemacht hatte, trat die Gewerkschaft der Eisenbahn-Bediensteten: die Amalgamated Society of Railway Servants, ins Mittel, verlangte kategorisch die Zurückziehung des Formulars und die WiederEinstellung der entlassenen Beamten, und kündigte, sofern dies nicht unverzüglich geschehe, den Streik an zur Wahrung des Koalitionsrechts der Arbeiter.

Ein Streik steht bevor, der die wirtschaftlichen Interessen Englands arg schädigen und dem Publikum die schwersten Unbequemlichkeiten bereiten würde.

Was geschieht?
Die englische Regierung ist konservativ, aber einen Angriff auf das Koalitionsrecht kann sie nicht billigen.

Die englische Regierung hat sich nie ihrer Arbeiterfreundlichkeit und sozial-reformatorischen Leistungen gerühmt. Allein sie betrachtet es als ihre Pflicht, für die Wahrung des Koalitionsrechts und des öffentlichen Friedens und Wohlergehens einen sozialen Schußversuch zu machen. Mr. Ritchie, Mitglied der englischen Regierung, wendet sich an das Handelsamt und unternimmt es, mit dessen Unterstützung Verhandlungen und einen Vergleich herbeizuführen. Die Arbeiter waren sofort bereit, die Arbeitgeber sträubten sich an-

dem Angriffe auf Biterbo besiegelt. Doch bestimmt darüber, wie es Courer höhern Einsicht gut dünkt. Vor allen Dingen aber empfehle ich Euch Vorsicht. Wenn Ihr einem Verräther das Kommando der Wache des Kapitols übergibt, — ich zittere bei dem Gedanken.

„Bei meiner Treue, Du wirst blaß dabei, guter Knabe; Deine Liebe ist ein süßer Tropfen in einem bitteren Trank. Wie könnte ich einen Besseren wählen als Dich? — Du sollst den Posten haben, wenigstens so lange Bellini unwohl ist. Ich werde heute dafür sorgen. Das Geschäft wird überdies Deinen jungen Geist weniger anstrengen als das, welches Dir gegenwärtig obliegt. Du überarbeitest Dich in unserem Dienste.“

„Senator, ich kann meine oft gegebene Antwort nur wiederholen: Ich habe eine große Pflicht zu erfüllen!“

Siebentes Kapitel.

Abgaben.

Nachdem jene furchtbaren Verschwörungen unterdrückt, die Barone beinahe besiegt, und drei Viertel des päpstlichen Gebietes wieder mit Rom vereinigt waren, glaubte Rieng, er werde jetzt mit Sicherheit einen seiner Lieblingspläne zur Erhaltung der Freiheit seiner Vaterstadt ins Werk setzen können; und dieser ging dahin, in jedem Quartier von Rom eine römische Legion auszubringen und zu organisieren. Zu der Vertheidigung ihrer eigenen Verfassung bewaffnet, hoffte er unter den Bürgern die gesamte für Rom nöthige Mannschaft auszubringen.

Aber so elend waren die Werkzeuge, mit welchen dieser große Mann seine hochherzigen Pläne auszuführen verdammt war, daß sich niemand fand, der seinem Vaterland ohne eine Bezahlung dienen wollte, die derjenigen gleichkam, welche die fremden Söldlinge erhielten. Mit dem Uebermuthe, der einem früher großen Geschlechte ganz besonders eigen ist, sagte jeder Römer: „Bin ich nicht besser als ein Deutscher? So bezahlt mich auch danach.“

Der Senator unterdrückte seinen Unmuth — er hatte endlich einsehen lernen, daß das Zeitalter der Ratone vorüber war. Von einem kühnen Schwärmer hatte ihn die Erfahrung in einen praktischen Staatsmann verwandelt. Die Legionen waren für Rom notwendig — sie wurden gebildet — stattdlich war ihr Aeußeres, tadellos ihre Ausrüstung. Aber wie sollten sie bezahlt werden? Es gab nur ein Mittel, Rom zu erhalten — Rom mußte besetzt werden. Es wurden auf Wein und Salz Steuern ausgeschrieben. (Fortsetzung folgt.)

lang, gaben jedoch nach, als sie sahen, daß die konservative Regierung am Koalitionsrecht der Arbeiter nicht rütteln ließ. Und so kam denn bald ein Vergleich zu stande, und zwar ein Vergleich, von dem der „Standard“, das Organ der Regierungspartei, schreibt, daß er auch für die Zukunft den Frieden, und friedliche Beilegung etwaiger Differenzen sichere. „Man sehe sich dieses Bild an und jenes!“

Dort das herzlose egoistische England, hier das warmherzige, gemüthvolle, sozial-reformatorische Deutschland! Die „Moral“ findet der Leser von selbst.

Nur eine Bemerkung, die sich uns bei dieser Gelegenheit aufdrängt.

Man redet so viel von der deutschen „Sozialreform“ und Arbeiter-Gesetzgebung. Wohl — das einzige Koalitionsrecht für sich allein ist hundertmal mehr werth als alle diese „Sozialreform“ und Sozial-Gesetzgebung — denn es giebt dem Arbeiter die Möglichkeit, sich sein Recht zu erkämpfen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 14. Dezember.

Aus dem Reichstage. Heute begann die dritte, d. h. die entscheidende Lesung der Justiznovelle, und der Kompromiß, von dem in letzter Zeit so viel die Rede war, ist nicht nur nicht fertig, nein, er scheint dieses Mal überhaupt nicht zu stande zu kommen. Man kann sich die trostlose Stimmung, in welche die Kompromißler um jeden Preis durch diese Situation gebracht sind, denken. Ihren rednerischen Ausdruck fand sie heute in den Ausführungen des Pseudo-Demokraten und Auch-Freisinnigen Lenzmann. Dieser Redner ging sogar so weit, selbst den Zeugniszwang im derzeit bestehenden Umfange mit in den Kauf zu nehmen, wenn die Regierung es verlangt. Treffend bezeichnete unser Genosse Stadthagen Herrn Lenzmann als freiwilligen Regierungs-Kommissar, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß der Abgeordnete für Herlohn nur für seine Person sprach, während die freisinnige Partei eine durchaus gegenheilige Haltung einnimmt.

Für das Centrum, als ausschlaggebende Partei, führte Spahn das Wort. Das Centrum hält am Fünfmänner-Kollegium auch in erster Instanz fest, es will auch die Assessoren als Hilfsrichter nicht beigezogen haben und ist auch sonst nicht geneigt, in wesentlichen Punkten von den Beschlüssen zweiter Lesung abzuweichen. Es wäre also an der Regierung, einzulenken, dort denkt man aber nicht daran. Es würde in Preußen ca. eine halbe Million, in Sachsen 200 000 M. die Rechtspflege mehr kosten, dazu haben wir aber kein Geld, oder richtiger, Herr Miquel giebt für solche Sachen kein Geld her. Wenn dagegen in den nächsten Monaten hunderte von Millionen für Marine und Landheer gefordert werden, dann haben wir wieder heidenmäßig viel Geld.

Wie die Dinge also heute liegen, und es scheint keine Aussicht auf eine Aenderung vorhanden zu sein, kann die Justiznovelle als gescheitert betrachtet werden. So hochwichtige Fragen, wie die Einführung der Vererbung und Entschädigung unschuldig Verurtheilter, können also nicht einer befriedigenden Lösung entgegen geführt werden, weil Preußen kein Geld hat, um seine Gerichtsböfe in ausreichender Zahl mit ordentlich besoldeten Richtern zu besetzen.

Diese eine Thatsache genügt, um das Kulturiveau zu kennzeichnen, auf dem wir uns in dem leitenden Staate des Deutschen Reiches befinden. Seit 15 Jahren wird die Justizreform gefordert, seit zwei Jahren ist eine große Kommission unermüdt thätig, mochenlang hat das Plenum sich mit den Fragen beschäftigt und jetzt ist alle diese Thätigkeit für die Nahe, weil Finanzminister Dr. Miquel für Kulturzwede nichts zur Verfügung hat. Wahrlich, wir haben es weit gebracht. Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Montag zunächst in dritter Lesung den Vertrag mit den Niederlanden betreffend die Unterhaltung des See-Ufers auf Vortum an und beriet sodann die Vorlage betreffend die Einführung einer Haussteuer für Detailreisende. Die Kommission, welcher die Vorlage nach Beendigung der zweiten Lesung nachmals zur Vorberatung überwiesen war, hatte einen Zusatz beschlossen, wonach die Bestimmungen des Gesetzes auf diejenigen keine Anwendung finden, welche nach den reichsgesetzlichen Vorschriften zum Aufsuchen von Vorkommen oder zum Ankauf von Baaren eines Berggewerkschafts bedürfen, und wonach ferner die Gewerkschaften, wenn im Laufe des Jahres ein Wechsel in der Person des Reisenden eintritt, für den Rest ihrer Gültigkeitsdauer steuerfrei auf die Person des Nachfolgers durch Umschreibung oder anderweite Ausfertigung zu übertragen sind. Mit diesen Zusätzen wurde die Vorlage nach längerer Debatte, in der nichts Neues zu Tage trat, gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien und eines Theiles der Nationalliberalen in zweiter und noch in derselben Sitzung in dritter Lesung angenommen.

Sodann beschäftigte sich das Haus in erster Lesung mit der Städte-Ordnung für Hessen-Rassau. Die Vorlage, die der auf diesem Gebiete in Hessen-Rassau herrschenden Buntbedrücktheit ein Ende machen will, enthält die wichtige Bestimmung, daß das Wahlrecht nicht, wie in den anderen Städte-Ordnungen, durch einen einjährigen Wohnsitz erworben wird, sondern daß durch Ortsstatut für den Erwerb des Bürgerrechts eine längere als einjährige Dauer des Wohnsitzes vorgeschrieben werden kann. Ferner sollen die Bürgermeister und Abgeordneten nicht mehr von den Stadtverordneten allein, sondern von der Stadtverordneten-Versammlung und den Magistratsmitgliedern in gemeinschaftlicher Sitzung unter Leitung des Stadtverordneten-Vorsitzers gewählt werden. Aus der Debatte, die sich wesentlich um den Wahlmodus drehte, ist die Bemerkung des Ministers des Inneren Freiherrn von der Recke hervorzuheben, daß das Dreiklassen-Wahlrecht zur Zeit das Beste sei; er für seine Person halte das direkte Wahlrecht nicht für besser. Die Vorlage, die im allgemeinen sympathisch aufgenommen wurde, ging schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Am Donnerstag steht die erste Lesung der Novelle zum Handelskammer-Gesetz auf der Tagesordnung.

Die Suche nach den Hintermännern des Herrn v. Tausch. Die „kölische Volks-Zeitung“ schreibt treffend: Es giebt eine ganze Anzahl Heuchler, welche in der Presse verstanden lassen, sie wünschten die Suche nach den Hintermännern des v. Tausch energisch betrieben zu sehen, die aber in engerem Kreise mit pharisäischer Miene über den Schaden jammern, den die Staatsautorität davontagen müsse, wenn „Respektspersonen“ entlarvt würden. Vielen schien es ja schon äußerst bedenklich, daß einem einfachen Kriminalkommissar die Maske vom Gesicht gerissen wurde. Soll nun aber noch höher hinauf gegriffen werden, so kriegen diese loyalen Seelen „die Kränke in das klappernde Gebein“, wie unser Dichter von Anno 1870 so schön singt. Der beliebte Kunstgriff ist, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie der tertius gaudens sei, wie man deutlich am „Vorwärts“ sehen könne. Ja, wenn das

unser politische Richtschnur sein soll, dann müßten wir überhaupt jedes Verbrechen vertuschen, das von konservativen Ordnungsmännern oder liberalen Großkapitalisten begangen worden wäre, da sonst die Sozialdemokraten über eine Bestrafung ihrer Gegner sich freuen würden. Wir in unserem beschränkten Unterthanenverstande sind der unabweislichen Meinung, daß es die beste Waffe gegen die Sozialdemokratie ist, wenn das Volk sieht, daß wir in einem wahren Rechtsstaate leben, wo gleiche Gerechtigkeit gegen jedermann geübt wird. Dieses Vertrauen würde ebenfalls erschüttert werden, wenn die öffentliche Meinung auf dem Glauben läme, man wolle Herrn v. Tausch zum Sündenbock für die Intrigen einer antiministeriellen Clique aus hohen Gesellschaftskreisen machen. —

Der Prozeß Leckert-Liugow hat die gute Folge, daß selbst rechtsstehende Blätter die ihnen durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie geboten erscheinende Billigung der Thaten der politischen Polizei etwas in den Hintergrund drängen und ein kräftiges Wort in die Diskussion hineingeworfen. So finden sich in dem Leitartikel der Sonntags-Nummer der „National-Zeitung“ folgende Sätze, an die auch künftighin erinnert werden kann. Das Blatt schreibt:

... untrennbar von dem Spittel ist der Anstifter zum Verbrechen, der die Leidenschaften schürt und den ersten Stein wirft, um sich der Belohnung für die Entdeckung der Verschwörung, für die Unterdrückung des Tumults würdig zu machen. Je bewegter die Zeiten sind, je unsicherer sich eine usurpatorische Gewalt fühlt, desto mehr Raum nimmt die politische Polizei ein. ...

Sobald die Regierung sich in einem Nothstand gegen eine für staatsgefährlich gehaltene Partei glaubt, ruft sie die Polizei, die sichtbar und die unsichtbare, zur Hilfe. Die Polizei drängen sich nicht nur in die Versammlungen der Sozialdemokraten: sie waren auch bei den Zusammenkünften der Burschenschaft und dem Hambacher Fest gegenwärtig. Berichte der heimlichen Polizei über die Studentenverbindungen, über die liberale Presse, über die Flüchtlinge und die deutschen Handwerksgehilfen in der Schweiz haben von 1818 bis 1840 die eigentliche Grundlage der damaligen deutschen Reaktion gebildet. Ihre ungeheuerlichen Uebertreibungen gegenüber dem Württemberg und der Ermordung Koberg's machten allein die Karlsbader Beschlüsse möglich, indem sie nicht nur die deutschen Fürsten, sondern die ganze deutsche Bildungswelt mit Grauen und Erbitterung gegen die Universitäten, die Zeitungen und die studentische Jugend erfüllten, welche mit ihren Hirngespinnften die behagliche Ruhe der Geheimräthe und der „guten“ Bürger störten. Es war dieselbe „politische“ Polizei, die in den fünfziger Jahren ihr Unwesen trieb, auf beschränktem Raume, aber mit derselben Bosheit und Niederracht. Tausch hat in Berlin eine lange Reihe von Vorgängern. Zu den charakteristischsten Jügen des Spittelthums gehört die bewegliche Phantasie und ein geschicktes Kombinationsvermögen, für mehr als einen dieser „Polizeimänner“ ist denn auch von dem Spionenthum zur Romanschriftstellerei nur ein Schritt gewesen. ...

Zu ihrer Geringschätzung des Volksgewissens und ihrem unausrottbaren Mißtrauen gegen die Presse und das freie Wort haben Regierungen, auch die starke, stets die politische Polizei benutzt, Journalisten und Volkredner, Sozialdemokraten und andere Mißliebige zu überwachen und anzuschwärzen, zu denunzieren und zu verfolgen. Der Wilsenfonds und das Sozialistengesetz forderten gleichsam die „politischen“ Polizisten zu ehrlichen und unehrlichen Diensten heraus. Unabsichtlich war hier eine Art Prämie für das Spittelthum und das Strebertum in dieser Karriere gesetzt. Das Spionierthum, von Staat gegen Staat im Hinblick auf militärische Geheimnisse zu Wasser und zu Land in einer Weise ausgebildet, wie sie früheren Zeiten, bei der geringen Veränderung der Angriffs- und der Vertheidigungsmassen, unbekannt war, ist ein anderer fruchtbarer Nährboden für die geheime Polizei geworden. Was Wunder, daß sich ihr Standesbewußtsein im Verhältnis zu den von ihr geforderten Dienstleistungen höher und höher hob? Sie rettete den Staat vor Landesverrathe und sozialdemokratischen Umtrieben, sie bewachte die Fürsten vor anarchistischen Verbrechen, sie enthielt das Geheimniß anonym Briefe und die Mächenschaften „hochgestellter“ Intriganten in der Presse. Wenn man mit der menschlichen Natur rechnet, wie sie ist, nicht wie sie sein sollte, kommt man unwillkürlich zu dem Schlusse, daß für strebsame Männer in dieser Stellung die Verführung, kleinen Dingen einen großen Anstrich zu geben, den ruhenden Völk in Bewegung zu setzen, selber verrätherische Fäden zu spinnen, wo keine vorhanden waren, zu groß war, um ihr immer widerstehen zu können. Gesellte sich nun zu dieser Stimmung die Erkenntniß, daß die Disziplin von oben her nachlasse, die „Fricktionen“ zwischen Hof und Regierung, von denen schon Fürst Bismarck zu erzählen wußte, sich verschärften, so büßte die politische Polizei das Bewußtsein ihrer Pflicht und Unterordnung allmählich ein und machte ihr Hänkespiel, ihre Verheerung und Denunziantensucht zum Selbstzweck. Möglich, daß hier und dort „große Unbekannte“ mitgeschoben haben, in der Hauptsache aber glaubte die politische Polizei als Ganzes sich betruhen, in die Staatsaktion einzugreifen. Natürlich mit ihren Mitteln und Lenten. Sie ist gewohnt, alles vom Standpunkte menschlicher Erbärmlichkeit und „Müppigkeit“ zu betrachten, und verfährt demgemäß. ...

Vergebens hat man wiederholt ihre Schliche aufgedeckt, daß sie häufig das Feuer selbst entzündete, dessen Entdeckung sie als rettende That für sich in Anspruch nahm. Dimal ist sie jedoch schmächtlicher als je in die Grube gerathen, die sie anderen gegraben. Früher, wo politische Prozesse hinter verschlossenen Thüren verhandelt wurden, hatte der Spittel und der Denunziant ein leichtes Spiel, die Offenheit ist auch ihnen verhängnißvoll geworden. Eine Reform der politischen Polizei, vor allem eine Beschränkung ihrer Thätigkeit erscheint der öffentlichen Meinung gegenüber unvermeidlich. Aber diese Reform würde die moralische Gefahr, die in der ganzen Einrichtung liegt und die niemals völlig beseitigt werden kann, auch nicht im bescheidensten Grade vermindern, wenn die Disziplin der Beamten nach wie vor ausbleibt. ...

Gegen das Urtheil in dem Verleumdungsprozesse Leckert- v. Liugow und Genossen ist in letzter Stunde das Rechtsmittel der Revision eingelegt worden.

Das schwarze Buch der Berliner Polizei. Welcher Art die Personalakten der Politiker und Journalisten sind, die die politische Polizei führt, davon erzählt die „Berliner Zeitung“ ein Beispiel. In einem Bismarck-Verleumdungsprozeß gegen ihren verantwortlichen Redakteur zur Zeit des Sozialistengesetzes hatte der Vertheidiger Gelegenheit, Einsicht in die Akten zu nehmen. Dort fand sich eine amtliche Auskunft des Polizeipräsidenten auf eine Anfrage der Staatsanwaltschaft über den Angeklagten, welche lautete wie folgt: „A. bekennet sich zur freisinnigen Partei, ist aber so radikal, daß er eigentlich der Sozialdemokratie zugerechnet ist.“ Der betreffende Redakteur beklagte sich bei dem

Pollzeipräsidenten persönlich. Dieser ließ die geheimen Personalakten des Redakteurs kommen, ein umfangreiches Aktien- und handschriftliches Mitteilungs- und Zeitungsarchiv. Die von dem Präsidenten hervorgehobenen Bruchstücke aus der Sammlung, die er nie verfaßt, zugeschrieben worden, Äußerungen aus Privatgesprächen, die er nie gethan und nie gehabt, in den Mund gelegt worden.

Und solche Akten, gesammelt von unkontrollierbaren, nur einem Beamten bekannten Vertrauensmännern, können entscheiden über das Schicksal eines Menschen.

Herr v. Lützow. In journalistischen Kreisen hat man sich immer gewundert, auf Grund welcher Legitimation der Held des letzten Prozesses, Herr v. Lützow, als Journalist auf der Journalistentribüne des Reichstages verkehrt hat. Es hat sich jetzt ergeben, daß er als Vertreter der agrarischen „Bank- und Handelstätigkeit“ legitimiert war. Der Chefredakteur dieses Blattes rühmt sich seiner Beziehungen mit Bismarck und seiner Besuche in Friedrichsruh. Er lobte sich auch selbst, daß ihm von Dr. Christenau, dem Privatsekretär des Herzogs von Sachsen, ein Lob aus seiner Disposition zukommen ist. Die Spuren der Hintermänner weisen von Tag zu Tag deutlicher nach Friedrichsruh.

Herr Singold - Stark sendet uns folgende Zuschrift: In die Sonnabend-Nummer Ihres geschätzten Blattes haben Sie eine Mitteilung aus dem „Dziennik Poznanski“ übernommen, wonach ich mit Eingang in „polnische Kreise“ zu verschaffen gewußt habe, um antipolnische Material für Herrn v. Tausch zu sammeln.

Gestatten Sie mir, Ihnen zu erklären, daß dies eine vom „Dziennik“ wider besseres Wissen in die Welt gesetzte böswillige Verleumdung ist, gegen die ich auf das entschiedenste protestiere. Meine Bekanntschaft in „polnischen Kreisen“ beschränkte sich auf die Verbindung mit einem einzigen Polen, der mir erforderlichenfalls wird behilflich sein können, daß ich niemals gegen das Polentum aufgetreten bin, sondern vielmehr, so oft ich dazu Gelegenheit fand, meine Sympathien für die Interessen des Polentums, so weit dieselben mit dem Interesse des preussischen Staates vereinbar waren, durch Zeitungsartikel u. s. w. stets unverhohlen bekundet habe.

Antipolnische Material habe ich nie besessen, und in meinen Unterhaltungen mit Herrn v. Tausch ist auch niemals von den Polen die Rede gewesen. Herr v. T. hat nie von mir „antipolnische Material“ verlangt und ich wäre auch niemals willens oder in der Lage gewesen, ihm solches zu liefern. Uebrigens hat sich Herr v. T. nie um polnische Angelegenheiten gekümmert, die, soviel ich weiß, gar nicht in sein Ressort gehörten. Und mit einem anderen Kommissar der politischen Polizei als mit Herrn v. T. habe ich niemals irgend welche Verbindung gehabt. Ich habe daher der Redaktion des „Dziennik“ auf Grund des § 11 des Preßgesetzes eine Verichtigung zugehen lassen.

Dochachtungsvoll

Max G. Stärk, Berlin SW.

Wir stehen selbstverständlich nicht an, die obenstehende Richtigkeitung zu veröffentlichen, aber unser Urteil über Herrn Stärk wird durch diese Verichtigung nicht geändert. In der Bewertung des Mannes wird kein Unterschied geschaffen, ob Stärk einem oder zwei Kriminalkommissaren zu Diensten stand.

Auch die Spiritisten sind durch den Prozeß Reder-Lützow, wenn auch nur indirekt, in Mitleidenschaft gezogen. Der „Redakteur“ Sebaldt, der bekanntlich aus eigenem Antriebe seine Beziehungen zur Polizei offenbarte, hatte sich in spiritistische Kreise einzuschleichen und dort eine Rolle zu spielen gesucht. So war er beim diesjährigen Okkultistentag als Vorsitzender der Preßkommission. Welcher nicht mit Unrecht wird jetzt vermutet, daß Sebaldt die Behörde auch über die spiritistische Bewegung „informirt“ hat.

Herr Sebaldt giebt ein Blatt unter dem sehr spannenden Titel „Propheta, Propaganda egoistischer Opposition“ heraus. Daß es einen giebt, der eine solche Zeitung schreibt, ist begreiflich, fehlt es doch nicht an merkwürdigen Kräften in der Welt, daß aber eine solche Zeitschrift sich aus ihren Abonnements-Einkünften halten kann, erscheint uns ausgeschlossen. Wir zweifeln auch, daß sich alle, an die er zur Verbreitung, Empfehlung und Mitarbeit appelliert, „vorurtheilsfreie Ordnung“, „Adlige“ und „rückfällige Edel-Anarchisten“, um die von dem Stipendiaten des Herrn v. Tausch hochgehaltene Fahne scharen werden.

Eine neue internationale Münzkonferenz. Aus London wird berichtet: Mac Kinley soll die von der republikanischen Partei gegebene Anregung billigen, daß dem Kongresse ein Antrag auf Einberufung einer internationalen Münzkonferenz vorgelegt werde.

Mit dieser Einladung würde Mac Kinley einen der Punkte seines Programms verwirklichen. Sicher ist, daß die Himetalisten keinen Anlaß haben werden, sich über diese Konferenz zu freuen. Es muß selbst dahingestellt bleiben, ob die Regierungen bereit sein werden, nach den vielen ergebnislosen Münzkonferenzen noch einmal in die Beschickung einer neuen zu willigen.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Zum dritten Male wurde gestern der Graveur Müncheberg wegen Majestätsbeleidigung von der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I verurteilt. Obgleich der Angeklagte behauptete, im Kaufsich die Majestätsbeleidigung begangen zu haben, wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Deutsches Reich.

Das neue Reichsgesetz über die Vereinsgesetz wirft seine Schatten schon voraus. In Beneschau ist eine Zentrumsversammlung aufgelöst worden, weil die Redner polnisch und mährisch (soll wohl heißen: tschechisch) sprachen. Es giebt in dem zu Recht bestehenden preussischen Vereinsgesetz keine Bestimmung, die in Preußen Versammlungsreden in nichtdeutscher Sprache verbiete.

Die deutsche Marine hat 21 Panzerkreuzer; davon 5 erster Klasse, 4 haben ein Displacement von je 10.000 Tonnen und eine Besatzung von je 555 Mann, eines ein Displacement von 11.081 Tonnen und eine Besatzung von 655 Mann. Panzerkreuzer zweiter Klasse giebt es 3, 5 Panzer dritter Klasse und 8 Panzer vierter Klasse; Panzer-Kanonenboote hat die deutsche Marine 13. Die Kreuzerflotte ist 18 Schiffe stark, und zwar hat die Marine 3 Kreuzer zweiter Klasse, 7 solche dritter Klasse und 8 solche vierter Klasse; Kanonenboote giebt es 3, Aviso's hat die deutsche Marine 10, Schulschiffe 14. Schiffe zu besonderer Zwecken giebt es 12; hierunter befindet sich auch die Yacht „Hohenzollern“.

Uebnahme des Neu-Guinea-Schutzgebietes. Nach dem Berl. Neuest. Nachr. wird die Vorlage, in welcher die Uebnahme des Neu-Guinea-Schutzgebietes vorgeschlagen wird, erst nach Neujahr an den Reichstag kommen.

Die wichtigste Aenderung im Vergleich mit dem Entwurf vom vorigen Jahre besteht in folgendem: Der Artikel 11 des früheren Vertrages enthielt die Bestimmungen: Das Reich ist berechtigt, die Neu-Guinea-Kompagnie nach Maßgabe dieses Abkommens zusehenden Rechte und Befugnisse jederzeit bis zum 1. April 1905 durch Zahlung einer Entschädigungssumme abzuschließen. Die Abschließungsumme beträgt bis zum 1. April 1900 vier Millionen Mark. Die Aenderung geht nun dem Vernehmen nach dahin, daß die Abschließung in zehn Jahren zu je 400.000 M. jährlich geschah werden soll. Dagegen verpflichtete sich die Neu-Guinea-Kompagnie, diese Summe im Interesse des Schutzgebietes zu verwenden. Ferner ist eine Aenderung dahin gemacht worden,

und zwar nach den Beschlüssen des Kolonialrats, daß nicht alle herrenlos Land im Schutzgebiet ausschließlich der Neu-Guinea-Kompagnie gehören und zur Verfügung gestellt werden soll. — Die Vorlage ist auch in ihrer „verbesserten“ Gestalt unannehmbar.

Der direkte Einkauf des Armeebedarfs an Getreide bei den Produzenten, eines der „kleinen“ Mittel, die seitens der Agrarier vorgeschlagen und von der Regierung akzeptiert wurden, scheint sich recht sonderbar zu bewähren. Von der Intendantur des VI. Armeekorps und von der des II. Armeekorps mußten wieder die Zwischenhändler herangezogen werden, weil die Hofsversöhner der Landwirthe äußerst gering waren. Andere Militär-Verwaltungen erheben dieselbe Klage. Nach der „Breslauer Morgenzeitung“ glauben sich die Provinzialräthe auch verpflichtet, für die von den Produzenten angebotene, mitunter keineswegs durchaus einwandfreie Waare die höchsten Preise zahlen zu müssen, zuweilen höhere Preise als die von Händlern für gute Waare geforderten. Wie kürzlich, so schreibt der „Niederschles. Anzeiger“, von einer der Slogauer Feld-Artillerie-Abteilungen für Kartoffeln dem Produzenten ein höherer Preis angeboten wurde, als ihn der Händler verlangte, so zahlte auch auf dem letzten Getreidemarkt der Slogauer Provinzialrat für Getreide den Produzenten Preise nach höchsten Breslauer Notiz, obwohl die Händler den Zentner mit 20 Pfennigen billiger anboten. Das Angebot der Händler wurde zurückgewiesen, weil das Provinzialamt sich gebunden wähnte, die höheren Preise der Produzenten zu akzeptiren. — Es muß ein eigenartiges Gefühl sein, aus anderer Leute Tische zu leben. Die Agrarier, unter denen doch so viele Edelleute sind, scheinen den Anteil nur dann zu verabscheuen, wenn er von blutarmen Teufeln praktiziert wird. Uebrigens ist es nun unverkennbar, wie so die Provinzialräthe dazu kommen sollen, an die Produzenten höhere als die Marktpreise zu bezahlen. Wir sehen kein Unglück darin, wenn die Zwischenhändler umgangen werden, aber ebensoviele liegt ein Anlaß vor, die Produzenten auf Kosten der Konsumenten zu schädigen.

Zum Wiederaufnahme-Verfahren für die Essener Verurtheilten. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ tischen ihren Lesern folgendes an:

Die von uns für unwahrscheinlich erklärte Nachricht der „Magdeb. Ztg.“, betreffend die angebliche Geneigtheit des Justizministers, das Wiederaufnahme-Verfahren in dem Reineißel-Prozeß Schärder zu versüßen, wird von anderer Seite als ein sozialdemokratisches Mandat gekennzeichnet. Nach dieser Darstellung soll die Nachricht von sozialdemokratischer Seite in nationalliberale Blätter geschmuggelt worden sein, um damit einen Druck auf den Minister zu üben. Auf diese Weise würde freilich die Veröffentlichung der bestreblichen Meldung sich ganz natürlich erklären.

Wie tief muß das Bismarck-Organ das Erinnerungsvermögen seiner Leser schämen. Die Geneigtheit des Justizministers, die Sache prüfen zu lassen, ist im Reichstag vor kurzer Zeit erklärt und auch den Lesern der „Berliner Neuesten Nachrichten“ im Parlamentsbericht mitgeteilt. Daß sozialdemokratische Irgegend eine Notiz über eine „Geneigtheit“ des preussischen Justizministers, das Wiederaufnahme-Verfahren zu versüßen, in nationalliberale Blätter eingeschmuggelt sein soll, ist natürlich platter Unsinn.

Dresden, 13. Dezember. Nach zuverlässiger Auskunft ist in der Spitze-Deinolder Thronfolgetrage eine Entscheidung noch nicht erfolgt und auch für die nächste Zeit noch nicht zu erwarten.

Gera, den 12. Dezember. (Bis. Ver.) Durch den Tod unseres Genossen Hahn macht sich im 8. Landtagswahlkreise (Stadt Gera) die Ergänzung eines Abgeordneten für den Landtag des Fürstentums Reuß j. L. nothwendig. Die Wahl ist bereits auf den 5. Januar n. J. festgesetzt. In einer am Freitag abend stattgehabten Parteiversammlung wurde unser bewährter Genosse Emil Wetterlein als Kandidat für diesen Wahlkreis nominiert. An einer Wahl des Genossen Wetterlein ist kaum zu zweifeln. — Auch im 6. Wahlkreise ist durch die Ernennung des bisherigen Abgeordneten Landraths Gräsel zum Minister eine Ergänzung nothwendig geworden. Die Wahl ist auf den 29. d. M. angesetzt. Als Kandidat wurde in einer zahlreich besuchten Parteiversammlung der Genosse Hermann Weinig aus Gera aufgestellt.

Behandlung politischer Gefangener. Aus Anlaß der Zurückhaltung der Zuhörer im Zuhörerraum nach Beendigung der Verhandlung im Prozeß gegen den Genossen Jaech in Braunschweig hat der Kaufmann Pistorius eine Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung gestellt. Er hat hierauf einen abschlägigen Bescheid erhalten. Gegen diesen Bescheid wird Pistorius sich bei der Oberstaatsanwaltschaft beschweren.

Schwäbisch-Gmünd, 11. Dezember. Bei der Landtags-Ergänzung wählt Herr Klaus (Z.) 2227, Pfarrer Schwarz (ebenfalls Zentrum) 1928 und Schriftsteller Bloss (Soz.) 802 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen den beiden Zentrumskandidaten erforderlich. Schwarz ist Vertreter der „schärfsten Tonart“ im Zentrumslager, war von seiner Kandidatur zurückgetreten, ist aber im letzten Augenblick von seinen Anhängern, hauptsächlich Priestern und Bauern, wieder aufgestellt worden.

Oesterreich.

Wien, 12. Dezember. Nach den letzten Nachrichten, welche den Mitgliedern des polnischen Zentral-Wahlkomitees aus Wien zugekommen sind, werden die Neuwahlen zum Reichsrath zwischen dem 10. und 20. März 1897 stattfinden.

Die aus der „Reinigten Linken“ ausgetretenen Deutschböhmen, die sich den Namen „Deutsche Fortschrittspartei“ gegeben, veröffentlichen jetzt in Form einer Denkschrift ihr Programm. Wenn man die Worte betrachtet, könnte man glauben, diese alten Mandatsjäger und Streiber hätten sich geändert; Freiheit, wirtschaftliche und soziale Reform auf allen Gebieten — verlangen dieselben Leute, die bisher auf der reaktionärsten Maßregel Weisfall gellastet, für die Landgemeinden werden direkte Wahlen gefordert und die zweijährige Dienstzeit soll eingeführt werden. In Wirklichkeit sind es eben nur Worte, schöne Worte vielleicht, darauf berechnet, die ehen gewordenen Wähler wieder einzufangen. Ist das gelungen, dann lebt man eben wieder als vereinigter Völkchen.

Schweiz.

Sozialpolitische Gruppe. Eine Anzahl Mitglieder der Bundesversammlung, welche keiner der bestehenden parlamentarischen Fraktionen angehören, haben sich zu einer Gruppe vereinigt, die den Namen „Sozialpolitische Gruppe“ fühnig wird. Bis jetzt sind derselben beigetreten: Vogelfanger, Rindig, Sourbe, Schindler, Genosse Wullicher, Meyer, Joos, Scherrer, Hüllermann, Curti, Risch und Koch. Der geschäftsführende Ausschuss besteht aus den Herren Curti, Scherrer-Hüllermann und Vogelfanger.

Vielal, 14. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Hypothek-Initiative im Kanton Basel-Land ist mit 4731 gegen 1571 Stimmen abgelehnt worden. Der von Arbeiter- und Bauernbunde unterstützte Pfarrer Bay (?) wurde zum Regierungsrath (Minister) des Halbkantons gewählt.

Frankreich.

Paris, 14. Dezember. Der französisch-spanische revolutionäre Ausschuss hielt gestern im Volkshaus eine Versammlung ab, um gegen die Martern, welche die Gefangenen in der Festung Montjoux zu erdulden haben, zu protestiren. Der Marschall Audrieux führte den Vorsitz in der Versammlung, welcher 2000 Personen bewohnten. Es wurde folgende Resolution an-

genommen: „Die Versammlung sendet den Gefangenen, welche in den spanischen Gefängnissen auf Befehl Canovas Martens zu erdulden haben, ihre vollste Sympathie und stellt ihre Denker der Verachtung der ganzen Welt anheim.“

Italien.

Rom, 14. Dezember. Die parlamentarischen Verhältnisse Italiens nähern sich einer Klärung. Rudini arbeitet an der Bildung einer großen homogenen Regierungspartei, für welche er, außer seinen Anhängern der Rechten, bereits einen Theil der Partei Giolitti's und des linken Zentrums gewonnen hat, dessen vollständige Trennung von der äußersten Linken bald erfolgen dürfte.

Spanien.

Barcelona, 12. Dezember. Vor dem Kriegsgericht wurde gestern und heute unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen die Urheber des anarchistischen Bombenattentats verhandelt, welches am 7. Juni d. J. in der StraÙe „Nuevos Cambios“ verübt wurde. Die Verhandlungen, welche bisher ohne Zwischenfall verliefen, werden voraussichtlich am Montag zu Ende geführt werden.

Madrid, 13. Dezember. Die Königin-Regentin wird am 20. d. M. eine Verjagung unterzeichnen, nach welcher 4000 Marine-mannschaften einberufen werden sollen als Besatzung für die neuen Panzer, deren Bau in kurzer Zeit vollendet sein wird.

Rußland.

Auch an der Universität in Petersburg ist es zu lärmenden Austritten gekommen. Rektor und Kurator wurden in einer Studentenversammlung niedergeschrien. Die Forderungen der Studenten lauten: vollständige Straffreiheit für die Kommilitonen in Moskau, Aufhebung des unwürdigen Tscholtschen Universitäts-Statuts und die Wiedereinführung des Statuts von 1863.

Peteröburg, 13. Dezember. Der „Westnik Finanzov“, das Organ des russischen Finanzministers, macht auf die in Nischni Nowgorod mit einem Aktienkapital von 1 1/2 Millionen Rubel gegründete Russische Leinen-Manufaktur aufmerksam und betont, Rußland, der Hauptproduzent der Welt für Flach, müsse auch der erste Verarbeiter derselben werden.

Türkei.

Konstantinopel, 12. Dezember. Der österreichische Botschafter rief den Sultan in einer Unterredung dringend, eine allgemeine Amnestie zu erlassen. Zu dieser Audienz wird unterm 13. Dezember aus Wien gemeldet: Wie von wohl informirter Seite verlautet, hängt die Audienz des österreichischen Botschafters in Konstantinopel, Freiherrn v. Galice, beim Sultan mit dem bevorstehenden aktiven Eingreifen Rußlands und Frankreichs in die inneren türkischen Angelegenheiten zusammen. Oesterreich als uneigennütziger Freund der Türkei sühnte sich verpflichtet, den Sultan nochmals auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welcher seiner Souveränität drohen, und ihm solche Rathschläge zu ertheilen, die, falls sie zur Ausführung gelangen, die Türkei vor dem gänzlichen Zusammenbruch bewahren und die der Türkei freundlich gestimmten Mächte in die Lage versetzen, vermittels auftreten zu können.

Nach einem weiteren Telegramm vom 14. Dezember hat der Sultan dem österreichischen Botschafter mitgetheilt, er habe den Großvezier beauftragt, einen Antrag wegen einer allgemeinen Amnestie für die Kerneiler vorzulegen. Englische Blätter berichten aus Konstantinopel von weiteren Verhaftungen wohlhabender Türken. Viele Anhänger der jungtürkischen Partei wurden unter Folter verdöhrt, einige seien gehängt worden.

Griechenland.

Athen, 13. Dezember. Die Kosten für das zu errichtende ständige Truppenlager, welche auf 8.600.000 Drachmen (circa 2.400.000 Mark) berechnet werden, sollen in den Etat eingestellt werden.

Ueberall das gleiche Spiel! Kein Geld für Kulturaufgaben, in Griechenland noch dazu die offenkundigste Zahlungsunfähigkeit, aber Geld in Hülle und Fülle für militärische Abenteuer.

Zur Hafenarbeiter-Bewegung.

Aus Hamburg schreibt unser Spezial-Berichterstatter unterm 14. Dezember: Das erneute Entgegenkommen der Arbeiter, das sie durch ihre in der Sonntags-Nummer des „Vorwärts“ abgedruckte Resolution dokumentirt haben, hat hier überall einen guten Eindruck gemacht, namentlich in der Bürgerkreise, die dem Ende des wirtschaftlichen Krieges mit Sehnsucht entgegensehen. In welchem Sinne sich der Senat auf die von den Arbeitern gegebene Anregung entscheiden wird, ist noch nicht bekannt. In der einen oder andern Richtung muß die Sache ja nun wohl, da die Resolution dem Senat gedruckt vorliegt, entschieden werden.

Auch die Polizei hat heute morgen wieder einmal etwas von sich hören lassen. Sie hat im Lokal des Zentral-Streitbureaus die Bücher des Maschinenvereins konfiszirt, um die Rechte der nichtstreikenden Mitglieder an der Todtenlade (Begräbnisstätte) des Vereins zu wahren.

Die Arbeit im Hafen geht noch immer nur sehr langsam vorwärts. Die Streikenden halten fest zusammen. Streikbrecher aus ihren Reihen sind fast gar nicht vorhanden. Gestagt wird von den Unternehmern namentlich darüber, daß sie die Gewerksführer durch Streikbrecher absolut nicht ersetzen können. Das Regieren der schweren Schuten, die häufig 20 Meter lang und 4 Meter breit sind, will sehr gründlich erlernt sein. Diese Schuten werden mit werthvollen Gütern schwer beladen, von einem einzigen Mann bedient, zwischen den Dampfmaschinen hin- und hergeführt, müssen sie in die Flecte herein und hinaus wöhlen und ebenso bei dem jetzt vorhandenen Treibeis, mit Ebbe und Fluth rechnen, — es begreift sich also, daß zusammengekauene Leute bei der Bedienung d. r. Schuten die alte seemannische Bedienung nicht ersetzen können. In ähnlichem Maße macht sich die Schwierigkeit, Ersatz zu schaffen, bei den Maschinenisten, Kranführern, Resselreinigern, Schiff's- und Maschinenreinigern u. s. geltend. Doch ist zu beachten, daß es sich hier ja nur um wesentlich geringere Zahlen handelt.

Der Verein der Steuer macht bekannt, daß er sich gegen das „Hamburger Echo“ wegen dessen Angriffe auf die veröffentlichten Lohnlisten die Klage vorbehalte. Er wird über diese Vorbehalten wohl nicht hinauskommen, denn das „Echo“ hat an der Hand von Abrechnungen einzelner Arbeiter zahlenmäßig dargethan, was es mit diesen Lohnlisten für eine Bewandtschaft hat.

Die öffentliche Meinung fährt inzwischen fort, ihre Stimme zu Gunsten des Friedens in die Waagschale zu werfen. Bedachtenswerth ist ein Vorschlag, wonach sich beide Parteien so schnell wie möglich einigen sollen, worauf dann eine „Arbeitsbörse“ für die Hafenarbeiter gegründet werden soll. Sie soll unter gemeinsamer Verwaltung von Unternehmern und Arbeitern stehen, und hier sollen, um späteren Differenzen vorzubeugen, die ständigen Punkte regelmäßig durchberathen werden, auch soll die Einrichtung namentlich dem Arbeitsnachweis dienen, der sich bis jetzt fast ausschließlich in den Hafenwirtschaften abspielt.

Neuesten vorichtig hat sich der Zentral-Ausschuss Hamburger Bürger-Vereine benommen, der am Sonnabend Abend über den Streik berathen wollte, aber nur folgende Resolution zu fassen sich getraute: „Die Delegirten zum Zentral-Ausschuss Hamburger Bürger-Vereine sprechen ihre Bedauern darüber aus, daß der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute noch nicht beendigt ist. Eine Einmischung in die Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie eine Parteinahme für die eine oder andere Partei hält der Zentral-Ausschuss für unthunlich und steht daher von einer Debatte über den Gegenstand der Tagesordnung ab.“

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 293.

Dienstag, den 15. Dezember 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

146. Sitzung vom 14. Dezember 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Sittlicher, Niederding, Schniedt.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung der Justiznovelle.

In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort

Abg. Spahn (Z.): Meine politischen Freunde sehen in den Beschlüssen der zweiten Lesung drei Punkte für so wichtig an, daß sie bei günstiger Gestaltung derselben eine Verständigung über die Vorlage erwarten: die Gestaltung der Berufung, die Einschränkung des Wiederaufnahme-Verfahrens und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Alle anderen Punkte erscheinen uns nicht so wichtig. Daß ein Mißbrauch des Wiederaufnahme-Verfahrens eintreten würde, hat sich durch die Erfahrung nicht bestätigt. Die Berufung kann auf die Dauer dem deutschen Volke nicht verwehrt werden. Alle Klagen gipfeln darin, daß genügende Garantien für den unschuldig Angeklagten nicht vorhanden sind. Die Berufung gegen die Strafammerurtheile haben wir für nöthig gehalten, damit der Angeklagte Beweismittel geltend machen kann, die er zuerst für unerheblich erachtet hat. Nur ein zweites Verfahren, eine nochmalige Prüfung des ganzen Sachverhaltes kann uns gegen Mißgriffe der Rechtsprechung schützen. Wenn der Staat seine Unterthanen zwingt, vor seinen Richtern Recht zu nehmen, so muß er auch die Möglichkeit der Verbesserung von Fehlern schaffen. Vor dem Gericht erster Instanz müssen alle Angeklagten Recht nehmen; ob sie die Berufung einlegen, ist ihre Sache. Deshalb dürfen wir die Garantien erster Instanz nicht fallen lassen und dazu rechnen wir in erster Linie die Befehung der Strafkammern mit 3 Richtern. Der Grund liegt darin, daß die Prüfung der Thatfachen eine viel gründlichere sein wird als bei drei Richtern, die leicht sich zusammenfinden. Wir werden namentlich dann, wenn die Berufung an die Oberlandesgerichte geht, für die Strafkammern fünf Richter verlangen. Wenn die erste Instanz unversehrt vorhanden bleibt, ist die zweite Instanz als eine Wohlthat zu betrachten. Wenn die Berufung bei den Oberlandesgerichten bleibt, ist sie ein Rechtsmittel nur für die Staatsanwaltschaft, die die Kosten nicht zu tragen braucht. Der Angeklagte wird nur unter den schwersten Umständen die Berufung einlegen. Die desinteressierten Straftäter würden nicht die nöthige Ruhe haben, die Strafsache zu prüfen, wenn die Richter des Oberlandesgerichts zu den Terminen jedes Mal hinreisen müssen auf weite Entfernungen. Wenn die erste Instanz aber richtig gestaltet wird, so würden wir in diesem Punkte nachgiebig sein können. Es wird also vor allen Dingen notwendig sein, daß wir erfahren, welche Stellung der Bundesrath zu dieser Hauptfrage einnimmt. Es handelt sich hierbei nicht um eine Nachfrage, sondern um eine Frage der Ueberzeugung. So gut der Reichstag sich oft genug dem Bundesrath gefügt hat, so gut können auch einmal die verbündeten Regierungen sich dem Votum des Reichstags fügen. Die Wiedereinführung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter sind eine Forderung des Volkes, und das Schicksal eines jeden, der zu schweren Strafen unschuldig verurtheilt worden ist, wird dem Bundesrath zur Last gelegt werden.

Abg. von Buchka (L.): In der Kommission hatte die Vorlage große Aussicht, zu Stande zu kommen. Aber es scheint jetzt, daß wir die Vorlage zu Grabe tragen werden. Das Plenum ist weit über die Beschlüsse der Kommission hinausgegangen und dadurch ist eine Mißgeburt entstanden, deren Beilegung dringend notwendig ist. Der größte Theil meiner Freunde wird für die Befehung der Strafkammern mit drei Richtern stimmen. Die Zulassung der Affessoren zu den Strafkammern zur Ausbülfe, nicht als regelmäßige Vertretung festangestellter Richter, muß im Interesse der Justizpflege selbst gestattet sein sowohl zur Ausbildung der Affessoren als auch zur Verhütung von Verschleppungen. Redner wendet sich gegen den Beschluß zweiter Lesung betr. die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Redner schließt mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß die Vorlage, welche so viele Arbeit in Anspruch genommen habe, nicht zu Stande kommen werde, weil der Reichstag sich den festen und bestimmten Erklärungen der verbündeten Regierungen nicht fügen wolle.

Abg. Wassermann (natl.): Wir würden es sehr bedauern, wenn eine Einigung über dieses Gesetz nicht zu Stande käme. Die Strafkammerfachen würden viel schneller erledigt werden, wenn die Richter nicht überlastet wären. In der ersten Instanz ist in vielen Fällen eine vollständig erschöpfende Klarstellung garnicht möglich. Das Volk wird nie verstehen, daß derjenige, der heute in eine Bagatelle verwickelt ist, wenn er z. B. eine Ohrfeige gegeben hat, in zweiter Instanz Recht suchen kann, und daß jemand im Zivilprozeßwege sogar durch drei Instanzen prozessieren kann, während da, wo es sich um die Freiheit und andere hohe Güter handelt, nur eine Instanz entscheiden soll. Bei der Ueberlastung der Strafkammern ist eine zuverlässige Rechtsprechung absolut nicht gewährleistet. Ich für meine Person spreche mich unbedingt für das fünf-Richterkollegium aus. Es ist mir von älteren Richtern, von Vorstehenden, die 20–30 Jahre eine Strafkammer geleitet haben, versichert worden, daß bei einem Drei-Richterkollegium in der weitaus größten Mehrzahl der Fälle der Vorsitzenden den Ausschlag giebt. Das liegt auch in der menschlichen Natur. Er wird zwei oder wenigstens einen der Richter zu seiner Ansicht überbieten. Nun hat der preussische Justizminister in der zweiten Lesung zwei Bedenken gegen die fünf-Richterzahl hervorgehoben, einerseits die finanzielle Frage, daß für Preußen 1/2 Million mehr aufzugeben sei. Das ist aber kein Bedenken, das uns veranlassen könnte, davon Abstand zu nehmen; denn für 1/2 Million ist eine gute Rechtsprechung wohl nicht zu theuer zu erkaufen. Man hat ja seitens der Justizverwaltung gesagt, die Landgerichte könnten nicht vollaus beschäftigt werden, man müßte ihr Gebiet vergrößern, wie man es schon gethan hat. Zur Frage der Hilfsrichter nehme ich im wesentlichen auch einen ablehnenden Standpunkt ein. Nur ständig angestellte Richter, nicht Affessoren, sollten zu Strafkammerrichtern verwendet werden. Ich halte das zweifellos für das allein richtige. Denn man sucht doch von Anfang an eine Garantie für eine gute Rechtsprechung darin, daß man nur unabsehbare und unversehbar Richter in den Landgerichten beschäftigt. Das mindestens, was verlangt werden muß, wäre, daß als regelmäßige Vertreter unter keinen Umständen Affessoren zugelassen werden können. Was die Kompetenz der Schwurgerichte betrifft, so bin ich für meine Person ein warmer Anhänger derselben; ich glaube, daß sie im Volksbewußtsein als eine durchaus notwendige und nützliche Institution betrachtet werden. Aber andererseits müssen sie von solchen Verbrechen entlastet werden, die ihrer ganzen Natur nach nicht zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehören. Wenn der Meineid den Strafkammern zugewiesen würde, hätte ich nichts dagegen, aber nicht deshalb, weil jetzt ein so hoher Prozentsatz von Freisprüchen erfolgt. Der

Stoff ist zu schwierig, es müssen so viele Vorlesungen aus Alten erfolgen, daß die Geschworenen häufig nicht folgen können. Die hohe Zahl der Freisprüche ergibt sich aus der Schwierigkeit der Materie und daraus, daß hierbei vielfach falsche Anschuldigungen vorliegen. Wenn aber nachgewiesen ist, daß der Prozentsatz bei anderen Eidsdelikten bei gelehrten Richtern höher ist, dann will ich gerade wegen der Schwierigkeit der Sache dem Angeklagten die zwei Instanzen geben. Beim letzten Punkte laß ich mich unter keinen Umständen entschließen, für die Einschränkung des Wiederaufnahme-Verfahrens einzutreten. Ich meine, man sollte beim Wiederaufnahme-Verfahren, bei der Entschädigung unschuldig Verurtheilter nicht zu hohe Forderungen stellen. Man sagt in Regierungskreisen: Die Volkseele empört sich dagegen. Ich meine, die Volkseele spricht sich mehr dagegen aus, wenn eine unmotivirte Verurtheilung als wenn eine unmotivirte Freisprechung erfolgt. Die dritte Lesung wird nur eine Beerdigungsfeier für die Vorlage sein. Die Forderung nach der Berufung wird im Volke nicht schwächer, sondern stärker werden, und endlich wird die Regierung sich doch entschließen müssen, die Berufung ohne eine Verschlechterung der ersten Instanz einzuführen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Feuzmann (sp. Sp.): Ich muß leider auch annehmen, daß die Vorlage scheitern wird. Ich spreche nur in meinem eigenen Namen; ich besüchte sogar, daß meine politischen Freunde mir widersprechen werden, daß ich vielleicht den Beifall von der Seite erhalte, an deren Beifall mir sonst wenig gelegen ist. Aber selbst auf die Gefahr hin, als Reaktionsär verschrien zu werden, muß ich meine Ueberzeugung vertreten, weil mir die Sache zu heilig ist. Sollte es denn so schwer werden, eine Verständigung zu finden in einer Sache, an welcher so lange gearbeitet wird? Sollte sich bei einer verständigen Volkserrettung und einer verständigen Regierung nicht ein Weg der Verständigung finden? Ich war stets der erste Käufer im Streit, wenn es sich um die Berufung und die Entschädigung der Justizopfer handelte; ich laß mich nicht begreifen, daß man das Justizhandeln verhindern will, bloß um Recht zu behalten (Widerspruch im Centrum). Ich kann es nicht begreifen, daß die Regierung aus rein finanziellen Gründen das Gesetz scheitern lassen wird. Die Gestaltung der ersten Instanz, des Wiederaufnahme-Verfahrens und der Entschädigung sind die drei Hauptfragen. Alles andere, glaube ich, wird von den verbündeten Regierungen angenommen werden. Ich bin ein großer Gegner des Zeugnisszwanges, dieser geistigen Tortur, die auf unmoralischen Wege die Wahrheit erforschen will; aber dieser Zeugnisszwang ist nicht so schlimm, daß ich deswegen die Vorlage scheitern lassen möchte, denn beim Scheitern derselben bleibt der Zeugnisszwang bestehen. Man sagt, es ist ein unvorsichtiger, unzulässiger, unzulässiger. Durch eine solche Nebenwendingung wird nicht ein einziger unschuldig Verurtheilter entschädigt. Die Verantwortung der Regierung zuzuschreiben, ist auch ein schwächlicher Trost für die unschuldig Verurtheilter. Die Berufung darf nicht in derselben Atmosphäre durchgeführt werden. Ich will sie dieser Atmosphäre entziehen an die Oberlandesgerichte. Warum hat das Centrum diese Frage nicht in der zweiten Lesung angeregt? Man scheint neue Streitpunkte herbeizujagen, um nur das Gesetz zum Scheitern zu bringen! Um die Frage, ob drei oder fünf Richter, wird sich der Streit hauptsächlich drehen. Ich bin neugierig, ob die Vertreter der verbündeten Regierungen ein „Unannehmbar“ ausprechen. Ich verstehe es nicht, wie demjenigen, der den Grund der Geldkosten ansieht, nicht die Schandröthe ins Gesicht steigt. Wo Milliarden ausgegeben werden für Zwecke der Beförderung, sollen nicht einige tausend Mark vorhanden sein, um die Säulen der Gerechtigkeit, auf denen die Reiche beruhen, zu befestigen? (Widerspruch rechts.) An dieser Finanzfrage können die verbündeten Regierungen die Vorlage nicht scheitern lassen. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, zu meiner eigenen Genugthuung alle mögliche Selbstverleugnung zu üben, um dem Volke das zu geben, was es seit 15 Jahren verlangt. Ich habe mich gemüßigt gesehen, in letzter Stunde zu warnen, damit die Regierung dem Volke das giebt, was es verlangt: Recht und Gerechtigkeit.

Abg. Stadthagen (Soz.): Diese Fragen werden Sache der Spezialberathung sein. Ich kann den Boden nicht betreten, daß ich mich danach richte, was die Regierungen von vornherein als unannehmbar bezeichnen haben. Das würde ja heißen, die Macht unserer Gründe michtachten und Mißtrauen zur Einsicht der Regierung haben. Es sieht ja ganz nett aus, wenn ein Abgeordneter eine halbe Stunde lang als Regierungsvorredner hier von Kompromissen gesprochen hat und zum Schluß eine Art demokratisches Schwänzen daran hängt (Heiterkeit) und sagt: Wie kann die Regierung so unmoralisch sein, 500 000 M. für Preußen und 200 000 M. für Sachsen nicht ausgeben zu wollen, lediglich weil der Finanzminister Miquel für den Fall der Beibehaltung des 5-Männerkollegiums eine solche Summe nicht herauszugeben will. Die Regierung hat sofort Geld, wenn sie auf einen unserer beiden Vorschläge eingeht. Wir kümmern uns um Herrn Miquel nicht. Wenn Sie Laienrichter aus allen Kreisen des Volkes wählen, wenn Sie den Vorsitzenden und 4 Laienrichter schaffen, dann sparen Sie weit mehr als 500 000 M. Sowie Sie die §§ 53 und 96, d. h. die reichsgesetzliche Grundlage für die Spizelei aufheben, sparen Sie für Preußen jährlich weit über 500 000 M. und für Sachsen ebenfalls. Untergeordnete Organe werden ja schon mit 200 M. Monatsgehalt bezahlt, in Berlin, wenn ich recht unterrichtet bin, 1 1/2 Millionen Mark jährlich.

Der Vorredner meinte, der Zeugnisszwang siche garnicht in Verbindung mit dem bestehenden Gesetz. Das ist ein Irrthum. Der Zeugnisszwang ist geregelt in der Strafprozeß-Ordnung und erstreckt sich sogar auf Disziplinarsachen. Der Vorredner meinte, es sei auch von der äußersten Linken nicht mitgetheilt worden, was eigentlich für Verschlechterungen in den Beschlüssen zweiter Lesung wären. Die Kompetenz der Schwurgerichte ist eingeschränkt worden; ferner sollen die unschuldig in Untersuchung Genommenen rein von der Willkür der Staatsanwälte abhängen und noch länger unschuldig sitzen, als sie heute schon sitzen müssen; ferner soll das sogenannte beschleunigte Verfahren Anwendung finden können gegen aufrechter That Verfolgte, Betroffene und vorläufig Festgenommene, mit anderen Worten, es sollen Preisdelikte, wo die Verdächtigen mispielen, wie in dem allgemeinen Rummel von Lausach und Ähnlichen Genossen, gerade in den regierungsfreundlichen oder jeweils regierungsfeindlichen Blättern ohne weiteres zur Verurtheilung gebracht werden. Gegenüber der unmigen Verbindung vieler Gerichtsbehörden, Staatsanwälte etc. mit einigen Leuten, die man als anständig gewiss nicht ansprechen kann, mit dem Spizelitium, wird das beschleunigte Verfahren insbesondere gegen solche angewendet werden, die man politischer Vergehen oder Verbrechen zeugt, meistens mit unrecht zeugt. Dieser eine Nachtheil allein würde alle etwaigen Verbesserungen wieder aufheben. Unter dem Schein der Verbesserungen in Form der Entschädigung unschuldig Verurtheilter und der Berufung werden Verschlechterungen eingeführt. Statt der in der Thronrede versprochenen schnelleren und gerechteren Rechtsprechung wird zu ungunsten der Angeklagten das Verfahren verlangsamt oder von der Staatsanwaltschaft beschleunigt, um eine Hülle über die furchtbaren Opfer der Justiz zu decken. Wenn man den

Vorredner hörte, so konnte man glauben, der Gesetztentwurf enthielte irgendwo eine Bestimmung, die dem unschuldig Verurtheilten eine Entschädigung darbot; das ist nicht richtig. Dieser Zweck würde nur erreicht werden, wenn Sie unsere Anträge annehmen. Die Sozialdemokraten haben bereits im Jahre 1882, bevor Herr Feuzmann noch Mitglied des Hauses war, einen dahingehenden Antrag gestellt. Seitdem ist diese Forderung vom ganzen deutschen Volke aufgenommen worden. Damals beschloß die Kommission, daß unschuldig in Untersuchungshaft oder in Strafschaft gewesene Personen entschädigt werden sollten. Nach dem Beschluß zweiter Lesung soll nicht entschädigt werden derjenige, der eine Untersuchungshaft unschuldig erlitten hat, sondern nur die unschuldig Verurtheilten, wenn sie nachweisen, daß sie nicht vorfällig oder durch grobe Fahrlässigkeit die Verurtheilung herbeigeführt haben. Hier wird mit der einen Hand genommen, was mit der anderen gegeben wird, denn die grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten ist juristisch sehr leicht nachzuweisen. Die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter muß absolut losgelöst werden von der Frage der Strafrechtspflege, sie ist selbständig zu behandeln. In diesen Dingen giebt es kein Handeln mit der Regierung, wenn man nicht sich und seine Wähler herabschauen will.

Herr Feuzmann mag überlegen, ob es mit seinem demokratischen Bewußtsein übereinstimmt, hier Forderungen zu vertreten, von denen er selbst zugeben muß, daß er dadurch die Achtung und Anerkennung der großen Masse des Volkes nicht gewinnt. Führen Sie die Berufung ein, so hat auch der Staatsanwalt dieses Recht, gleichgiltig, ob Sie 3 oder 5 Richter nehmen. Es entspricht nicht der Würde eines wirklich unabhängigen Gerichts, daß eine so abhängige Behörde wie die Staatsanwaltschaft gegen ein Gerichtsurtheil ein Rechtsmittel einlegen darf. Das steht im Widerspruch mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes. Heute tritt Herr v. Buchka so entschieden für die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und für die Berufung ein, während er für die Entschädigung unschuldig in Untersuchungshaft Sühnder nicht zu haben ist. Er verweist auf den Gnadenweg. Ich kann nicht verlangen, daß Sie in einem Klassenstaat die Klassenjustiz abschaffen, aber in dem Augenblick, wo Sie den Standpunkt des Vorredners betreten, absolutistisch-feudale Gewalten zu stärken, werden Sie noch in viel größerem Maße auch andere Behörden zu Werkzeugen einer Mißgenwirtschaft machen, und daß in dem Prozeß, der sich zwischen dem Großjunkthum und der Schlotbarone abspielt, die Schlotbarone auch auf diesem Gebiete größere Erfolge einheimst, ist selbstverständlich. Sie brauchen sich ja nur die Zeitungen anzusehen, die jener Schlotbarone dienen. Ueberall werden Sie in diesen Zeitungen diejenigen Herren finden, die als Spizel das besondere Recht haben, vor Gericht zu lägen, selbst Meineide zu schwören u. s. w. Ich verweise auf Günther, Ohm, Götische, Fischer, Krüger mit seiner Gefolgshaft. Sie haben ja in den letzten Tagen aufs deutlichste gesehen, wie diese Presse und diesejenige, die keine Prinzipien vertritt, sondern lediglich die Geschäfte des Verlegers besorgt, in den Schlingen der sogenannten politischen Polizei fikt, die zur Zeit ganz enorm entgegen den früheren preussischen Gesetzen durch die §§ 88 und 96 der Strafprozeßordnung geschützt wird. Wenn Sie auch die Laienrichter ablehnen, so müssen Sie doch aus dem Verfahren alles entfernen, was die Ermittlung beeinträchtigen könnte.

Die jüngsten Ereignisse machen es notwendig, daß, wenn Sie nicht das Vertrauen zu Richtern und Gerichten, welches ja schon jetzt so gut als nicht mehr besteht, noch mehr schmälern wollen, die Elemente, die als Auswurf der Menschheit von der politischen Polizei gebraucht werden, nicht das Ausnahmerecht des § 88 haben. Dieser direkten Begünstigung der Unwahrheit, des Meineides gegenüber ist es ein Dohn, hier zu fordern, man solle die Schwurgerichte von der Aufgabe entlasten, über Meineide zu befinden. Beamte oder deren Bedienstete, die schon einmal einen Meineid geleistet haben, würden sicherlich von jedem Schwurgericht verurtheilt werden. Diese sind auch der beste Schutz gegen einen Mißbrauch der Gerichte zu politischen Zwecken. Ich erinnere Sie nur an die Vorgänge in Opatowitz. Die Regierung will ja die Affessoren deswegen in den Strafkammern haben — sie hat es nicht gesagt, aber ich gestalte mir, soweit Gedanken zu lesen (Heiterkeit) — um einen Druck auszuüben, wenn etwa noch irgend ein nicht schmeigbarer Richter in der Strafkammer von ihr entbedet werden sollte. Wenn ich behauptet wäre, so könnte ich über alle von der rechten Seite herbeigeführten Verschlechterungen der Vorlage meine Freude ausprechen, aber das wäre ein Grad von Bosheit, denn wir gerade hier entgegengetreten wollen bei Gestaltung des Gesetzes. Wir wünschen ja, daß die Bosheit, Unaufrichtigkeit, Unwahrheit endlich einmal aus den Gerichtssälen, soweit es möglich ist, schwinden soll, daß jene Träger der Unwahrheit, jene berufenen und gewerbsmäßigen Draufzener der Lüge entfernt werden, damit thun Sie sich selbst einen Gefallen. Das kann es gleichgiltig sein; verschlechtern Sie die Vorlage, um so schneller unterminieren Sie Ihren Klassenstaat. So lange Sie keine unabhängigen Richter haben, so lange Sie nicht aus der Justiz die Verwaltungsbehörde, die Staatsanwaltschaft entfernen, so lange Sie nicht die politische Polizei als Organ der Regierung entfernen, werden Sie kein Vertrauen zur Rechtspflege herbeiführen. Die politische Polizei ist der einzige politische Faktor, der noch über der Staatsanwaltschaft und den anderen steht. Ich erinnere Sie an den bekannten Kommunismuprozeß in Köln, an die Stäber, Hündelbey, die Unwahres mit dem Eide bekräftigt hatten. Ich erinnere Sie an den Ausbruch des größten Deutscher (Zurus rechts) ja wohl, es ist Marx, der auseinandergesetzt hat, was diese politische Polizei zu Wege gebracht hat. Das ist heute eingetroffen. (Heiterkeit rechts.) Würden die Herren, die da lachen, Leute wie Günther und andere Polizeispizel in den Reihen ihrer Presse beschäftigt sehen wollen, wenn Sie nicht in der That wüßten, daß eine gewisse metallene Zuneigung zu diesen Subjekten bei den politischen Behörden besteht? Sie wissen ja, daß, wenn Sie auch unsere Anträge annehmen wollten, die Schläge der ungerechten Justiz dennoch die Arbeiter fühlen müßten, und die Regierung hätte solche Vorschläge längst gemacht, wenn es sich nicht darum handelte, die ganze Justiz als Kampfmittel zur Zerkleinerung der mühsam errungenen Rechte der Arbeiter, zum Beispiel des Koalitionsrechtes, zu benutzen. Nur die Reorganisation der gesammten Strafrechtspflege an Haupt und Gliedern, wie wir sie wollen, wird Vertrauen zur Rechtspflege schaffen. Sollen in 3. Lesung unsere Verbesserungs-vorschläge abgelehnt werden, dann ist es mir nicht möglich, für das Gesetz zu stimmen, und ich weiß, daß die weiten Kreise der Bevölkerung dem zuzustimmen wären, der sich durch die Schminke der Entschädigung unschuldig Verurtheilter nicht täuschen läßt, sondern erklärt: wir wollen keine Handelsgeschäfte treiben, sondern die Forderungen des Volkes nachdrücklich vertreten. Sollte die Regierung das nicht annehmen, so wird sie der weitere Unterminirer des Klassenstaates und zugleich der Weikerförderer der Sozialdemokratie wider Willen sein. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Wolfzlegier-Bilgenburg (Pole): Wir stehen auf einem anderen Standpunkte als Herr Feuzmann und glauben das ganze polnische Volk hinter uns zu haben, wenn wir diese Verschlechterung der Justiz nicht annehmen. Allenfalls würden wir auf ein vier-Richterkollegium zurückkommen. Redner

empfehlen für die polnische Landestheile die Anstellung verlässlicher Dolmetscher, die jetzt eine sehr ungenügende Vorbildung haben; dann wird die große Zahl von Meinenen verschwinden, die jetzt in den polnischen Landestheilen unbewußt geleistet werden. Redner erklärt sich für die Befestigung des Zeugniszwanges, für den Nachweis und gegen die Berufung bei den Oberlandesgerichten. lieber keine zweite Instanz als die Oberlandesgerichte. Denn die polnische Bevölkerung steht heute schon außerhalb allen Rechtes, indem sie zum Gebrauch der deutschen Sprache gezwungen wird.

Preussischer Justizminister Schönebeck: Wir sind seit langer Zeit bemüht, die Dolmetscherstellen mit solchen Personen zu besetzen, die für diesen Beruf hinlänglich vorgebildet sind. Es ist vielfach zur Kenntnis der Behörden gekommen, daß Polen vor Gericht die Kenntnis der deutschen Sprache verweigerten, obwohl sie vor dem Amtsvorsteher, oder wo sie sonst ihre Interessen zu vertreten hatten, sich sehr wohl der deutschen Sprache bedienen konnten.

Abg. Götz (fr. Vg.): Es ist begreiflich, daß ein Mann, der an der Spitze der Bewegung für die Berufung gestanden hat, seine warnende Stimme erhebt, aber er wird auch begreifen, daß wir lediglich aus sachlichen Gründen anderer Meinung sind als er. Niemals kann man eine Berufung erlangen durch eine postive Verschlechterung der ersten Instanz. Dem Parteienemulsel muß ein möglichst großer Spielraum in der Rechtspflege eingeräumt werden. Deshalb müssen wir das Institut der Schöffengerichte ausdehnen und müssen dabei in die weitesten Volkstreife hinauseilen, darin stimme ich mit den Sozialisten überein. Denn wir haben mit den Gewerbegerichten durchaus gute Erfahrungen gemacht. Die Berufung soll erlangt werden durch die Einschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens, die Unschuld des Verurteilten soll nachgewiesen werden, nicht bloß eine Erschütterung der Beweise. Wird an dem fünfjährigen Kollegium nicht festgehalten, wird das Wiederaufnahme-Verfahren nicht anstreifen erhalten, wie es jetzt besteht, so wird die Mehrzahl meiner politischen Freunde der Vorlage nicht zustimmen können. Greulich ist es, daß in das Treiben der politischen Polizei eine kräftige Hand eingegriffen und die Desfinitivität dagegen angegriffen hat.

Abg. Graf Bernstorff (Rp.): Ueber die Beschlüsse der Kommission wäre leicht eine Verständigung herbeizuführen gewesen. Für die Bestimmungen über das Forum für die Presse und über die Heranziehung von Aussen liegt kein zwingender Grund vor. Die Beschränkung der Strafkammern auf drei Richter bringt den Angeklagten nicht in eine schlechtere Lage.

Abg. Förster-Neufeldt (Reform-V.): Wir sind für das fünfjährige Kollegium, gegen die Einschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens, für die Einschränkung unschuldig Verurteilter und gegen die Beschränkung der Schwurgerichte. Ich erwarte, daß die verbündeten Regierungen uns bestimmte Erklärungen abgeben, ehe wir in die Spezialdiskussion eintreten.

Nach 3/4 Uhr wird nach einigen persönlichen Bemerkungen die weitere Beratung bis Dienstag 1 Uhr vertagt.

Gingegangen ist im Laufe der Sitzung eine Erklärung zwischen dem Reich und Frankreich, betreffend die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen Deutschland und Tunis.

Parlamentarisches.

Bundesrath. In der heutigen Sitzung wurden die nachfolgenden Verhandlungsgegenstände den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Eine Mittelteilung des Präsidiums des Reichstags über den Beschluß des Reichstags zu Petitionen wegen gesetzgeberischer Maßregeln gegen unethische Schriften, Kuppel und Prostitution, ferner der Antrag Preussens betreffend die Ausführung des Reichs-Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 und die Vorlage betreffend die Anwendung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 auf die Börse in Straßburg (Elsaß). Dem mündlichen Ausschussbericht über die Vorlage betreffend eine Erklärung zwischen dem Reich und Frankreich wegen Tunis wurde die Zustimmung erteilt.

Dem preussischen Landtage wird, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ schiefer vernehmen, nach der Weihnachtspause der Entwurf eines Richterbesoldungs-Gesetzes zugehen. Bei der Fassung desselben ist darauf bedacht genommen worden, die Klippen zu vermeiden, an welchen der gesetzgeberische Plan in der letzten Session scheiterte.

Die Kommission für das Lehrerbefoldungs-Gesetz hat die zweite Lesung beendet und damit ihre Arbeiten abgeschlossen. Abgesehen von einigen geringfügigen Änderungen wurde beschlossen, die Dienstaltersstufen in dreijährigen Zwischenräumen erfolgen zu lassen. Nach dem Beschluß erster Lesung sollten bekanntlich die drei ersten und die drei letzten Dienstaltersstufen in dreijährigen, die mittelsten Zulagen hingegen in zweijährigen Zwischenräumen gewährt werden. Die Annahme des so umgestalteten Entwurfs erfolgte einstimmig. — Ferner wurde eine Resolution angenommen, welche die Regierung ersucht, dem Landtage baldigst ein allgemeines auf christlicher und konfessioneller Grundlage beruhendes Volksschul-Gesetz vorzulegen.

Gewerkschaftliches.

Zug von Arbeitern nach den deutschen Seehäfen ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegungen auf strengste fernzuhalten!

Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (M. Willarg, Berlin S., Annenstr. 16)

Anruf an alle in den graphischen Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine von Vertretern sämtlicher graphischen Berufe Berlins besuchte Konferenz beschloß sich am 13. d. M. mit dem vor kurzem beendigten Auslande der Lithographen, Steinbrücker u. s. w. und faßte den Beschluß, an alle Berufsgenossen die dringende Aufforderung zu richten, den noch Ausgelassenen in ausgiebiger Weise zu Hilfe zu kommen. Berufsgenossen, Berufsgenossinnen! Seit beinahe vier Wochen ist der Streik beendet und noch sind 381 Personen mit 24 Kindern zu unterstützen. Schon seit vielen Wochen ohne ausreichende Einnahme, sehen sich die Ausgelassenen gerade jetzt — zum Weihnachtsest — in der traurigen Lage, nicht das Nöthigste für sich und ihre Familien aufbringen zu können, wenn Ihr, Berufsgenossen, nicht helfe! — Wohl wissen wir, daß der Anrufungen an die Opferwilligen viele gestellt werden, wohl wissen wir, daß es gerade jetzt jedem einzelnen besonders schwer wird, noch mehr als bisher zu opfern, aber trotzdem richten wir das Ersuchen an Euch: Helfe! Es muß sein! Die brausten und treueften der Kämpfer, die ausgehalten haben bis zum letzten Augenblick, die größtentheils vorher Vertrauensmänner in den Werkstätten innehatten und infolge dessen die Rache des Unternehmertums am längsten fühlen müssen — sie gerade sind es, die am härtesten leiden. Berufsgenossen! Erspart ihnen zum Weihnachtsest das bittere Gefühl, daß sie von den ihnen am nächsten stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen vergessen sind! In den nächsten Tagen werden Sammellisten, versehen mit dem Stempel der Gewerkschaftskommission, zirkulieren; zeichne jeder sein Scherlein; thue jeder seine Schuldigkeit, damit aus neue der Beweis geliefert werde, daß die Solidarität unter uns mehr ist wie ein bloßes Wort! Die Vertreter sämtlicher graphischen Berufe Berlins.

An die Arbeiter in Gasanstalten, in den Wasser- und Kanalisationswerken, in der Straßenreinigung und sonstigen städtischen Betrieben Deutschlands! Während die Arbeiter fast aller Berufe seit Jahren unablässig bemüht sind, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, haben die Arbeiter der städtischen Betriebe bisher in dieser Beziehung so gut wie gar

nichts gethan, trotzdem gerade sie alle Ursache hierzu hätten. Die Arbeitszeit ist in den kommunalen Unternehmungen durchgängig länger, als in den privatkapitalistischen Betrieben, so wird z. B. in den Gasanstalten des ganzen Deutschen Reiches noch 12 Stunden und am Sonntag, bei dem Schichtwechsel 18 resp. 24 Stunden gearbeitet. Die Löhne sind in den meisten städtischen Betrieben ungenügend und die Arbeiter einer vollständig überflüssigen militärischen Disziplin unterworfen. Das muß anders werden. Die Berliner Gasanstalts-Arbeiter haben daher einen Zentralverband ins Leben gerufen, der eine Verbesserung der Verhältnisse erstreben will und der sich die Aufgabe gestellt hat, alle städtischen Arbeiter zu organisieren. Der Verband steht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Das Einschreibegeld beträgt 25 Pf. und der wöchentliche Beitrag 15 Pf. Dafür erhält jedes Mitglied die Fachzeitung gratis geliefert und in Krankheits- und Sterbefällen eine Unterstützung. Wir ersuchen die städtischen Arbeiter aller Orte, sich diesem Verbande anzuschließen. Anfragen, Zuschriften u. s. sind an Dr. Börsch, Berlin 26, Skaligerstr. 14a, zu richten.

Der Hauptvorstand.

Alle Arbeiterzeitungen werden um Abdruck dieses Anrufes gebeten.

Achtung, Pater Berlin! Kollegen, seit 1. Dezember ist die Kontrolle dem Vertrauensmann übertragen. Es wurde nun in der letzten Bundesparlamentarier-Versammlung beschloffen, daß es Pflicht der Kollegen sei, jeden Bau, wo unter unseren festgelegten Bedingungen gearbeitet wird, sofort dem Vertrauensmann zu melden, damit solche Bauten kontrolliert werden können. Es ist unbedingt nötig, daß die Kontrollkarten jede Woche zur Abstempelung vorgelegt werden. Damit auch jeder Kollege sehen kann, wer unter dem Tarif gearbeitet hat, werden die Karten in letzterem Falle nicht abgetempelt. Kollegen, soll das Ertrugene nicht während des Winters wieder verloren geben, so haltet an unserem Beschluß fest. Meldungen und Abstempelung der Karten werden jeden Tag bis 8 Uhr abends, Grenadierstr. 33, erledigt. Der Vertrauensmann.

Achtung, Sattler! Kellere Kollegen, welche genaue Auskunft über die Entstehung und Entwicklung der Hausindustrie in der Berliner Militäreffekten-Fabrikation geben können, werden ersucht, Mittheilungen hierüber an G. Lannhausen, Blücherstr. 55, Quergeb. IV, gelangen zu lassen. Bruno Börsch.

Unter dem Titel „Die Gewerkschaft“ erscheint vom 1. Januar n. J. ab monatlich ein neues Fachblatt für die Interessen der in städtischen Betrieben, Gasanstalten, bei der Straßenreinigung, in Kanalisations- und Wasserwerken, sowie auf Holz- und Kohlenplätzen u. s. beschäftigten Arbeiter. Redakteur, Verleger und Expeditor ist Bruno Börsch, Berlin 26, Skaligerstr. 14a. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 40 Pf. Das neue Gewerkschaftsblatt, dem wir besten Erfolg wünschen, ist Publikations-Organ des „Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstigen Arbeitsstätten“.

Aus Kansas City, Staat Kansas in den Vereinigten Staaten, wird uns mitgeteilt, daß die „Anker-Arbeiter-Union“ den Boycott verhängt hat über die „Armour-Packing-Company“ von Kansas City und Chicago. Die „Armour-Gesellschaft“ ist jene riesige Großschlachtereier, welche das verpackte Fleisch in die ganze Welt versendet. In dem Verpackungs-Departement sind tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigt. Ober waren es. Denn alle der „Anker-Union“ angehörenden Mitglieder sind wegen dieser ihrer Zugehörigkeit entlassen worden, und der Boycott ist die Gegenmaßregel der „Anker-Gewerkschaft“. Der Konflikt entstand, weil die Arbeiter den Achtundtag forderten und auf der Entlassung eines Beamten der Gesellschaft bestanden, der sich unsittlicher Vergehen gegen Frauen und Mädchen schuldig gemacht hatte. Die streikenden Arbeiter wenden sich an die deutsche Arbeiterpresse, damit die Ursachen und der Zweck dieses Konflikts in Deutschland, Oesterreich, Polen u. s. w. bekannt wird. Kein Klassenbewußter Arbeiter wird sich dazu hergeben, durch Annahme von Arbeit in der Armour-Packing-Company den organisierten Arbeitern der „Anker-Union“ in den Rücken zu fallen. Vor amerikanischen Werbern wird gewarnt!

Die Zigaretten-Arbeiterinnen in Dresden beschloffen in einer Versammlung den Anschluß an den Unterstüttungsverein deutscher Tabakarbeiter. Dieser Schritt war angesichts der überaus traurigen Lage der meisten Arbeiterinnen von zwingender Nothwendigkeit.

In Oesterreich sind Wochenschriften, die sich nicht mit Politik befassen, vom Zeitungsstempel befreit. Das vom Eisenbahnminister bitter gehaßte tapfere Fachblatt der Eisenbahnbediensteten, den vom Genossen Tomisch redigierten einflussreichen „Eisenbahner“, wollte man nun durch die Entziehung jenes Vortheils mahregeln, was damit begründet wurde, der „Eisenbahner“ treibe Politik. Das ist zwar nicht zutreffend, aber Gewalt geht vor Recht und so bleibt dem „Eisenbahner“ nichts übrig, will er sich nicht mit 1 Kr. Stempelsteuer pro Exemplar belasten, anstatt viermal im Monat wie bisher, künftig nur dreimal monatlich zu erscheinen, natürlich in verstäktem Umfang. Dagegen kann das hohe Finanzministerium nichts machen. Der Finanzminister bekommt also nicht nur kein Geld in seinen Beutel, sondern hat durch seine Maßregel nur erreicht, daß die Post am „Eisenbahner“ ein Viertel weniger verdient als bisher.

Lohnbewegung in der Schweiz. Aus Zürich wird uns geschrieben: In St. J. M. (Kanton Bern) sind 25 Arbeiter der Uhrenfabrik von Gygax wegen ungerechtfertigter Lohnabgabe für Reparaturen in Streik getreten. Dieser Unternehmer provoziert so ziemlich jedes Jahr einen Konflikt und vor einigen Jahren sogar einen förmlichen Aufruhr, der schwere Verurtheilungen, nicht des Gygax natürlich, sondern der Arbeiter zur Folge hatte. — In St. Gallen stehen die Raminleger in der Lohnbewegung, die wahrscheinlich zum Streik führen wird.

In der englischen Arbeiterbewegung ist gegenwärtig der Konflikt der Eisenbahngesellschaften mit verschiedenen Eisenbahngesellschaften die wichtigste Erscheinung. Unser Londoner Korrespondent schreibt darüber:

Vor einigen Wochen hat die genannte Union ein Zirkular an die verschiedenen Eisenbahngesellschaften Großbritanniens erlassen, worin für bestimmte Arbeiterkategorien (Wagenschieber, Signalarbeiter u. s.) Verkürzung der Arbeitszeit, erhöhte Entschädigung für Sonntagsarbeit u. s. w. verlangt wurde. Während eine Bahngesellschaft im Nordosten Englands, wo allerdings die Arbeiterorganisationen am stärksten, die Forderung bewilligt hat, haben andere es abgelehnt, mit der Union zu verhandeln, und eine der größten Gesellschaften — die London and North-Western Gesellschaft — hat sogar verschiedene ihrer Angestellten, die Beamte der Gewerkschaft sind, Knall und Fall entlassen. Es ist das ein so ungenügendes Vorgehen, daß die Maßregelungen das größte Aufsehen erregt haben und auch in bürgerlichen Kreisen bitter getadelt worden sind. Die Direktion der Gesellschaft ließ durch Beamte in Zivil bei den betreffenden Gewerkschaftsbeamten anfragen, ob sie im Falle eines Streiks zur Gewerkschaft stehen würden, und auf die bloße Bejahung der Frage erfolgte die Entlassung. Nun hatte aber die Union gar keinen Streik angedroht, ihr Generalsekretär, Ed. Harford, bestrickt energisch, daß ein Streik geplant gewesen sei, und man kann es ihm wohl glauben. So hat er z. B. bei der Wahl in Bradford seine Beute angewiesen, für den Liberalen und nicht für Keir Hardie zu stimmen. Aber die Eisenbahngesellschaften fragen danach blutwenig. Bei ihnen sind die Liberalen nicht viel besser angeschrieben als die Sozialisten. War ja doch das von der liberalen Regierung

1893 eingebrachte Gastpflichtgesetz gegen eines der Mittel gerichtet, durch welches sie ihre Arbeiter in Botmäßigkeit zu erhalten wußten, nämlich die Betriebs-Versicherungskassen, und ebenso unbedeutend war ihnen die von dem liberalen Handelsminister Mundella eingesetzte Kommission für die Regelung der Arbeitszeit der Eisenbahn-Angestellten. Durch ihren Widerstand ist jenes Gastpflichtgesetz zu Fall gebracht worden; die von der jetzigen Regierung angekündigte Gastpflichtnovelle wird kein derartiges Verbot enthalten, ebenso wie die Mundella'sche Kommission seit Antritt der konservativen Regierung eingestostet ist. So erklärt es sich, daß Bahngesellschaften zu einem Terrorismus übergehen, den man nur noch in entlegenen Winkeln Englands für möglich hielt, wie es andererseits das Eintreten Harford's für die Liberalen erklärt. Auf alle Fälle haben die verfügbaren Maßregelungen eine weit über die gewöhnlichen Zwischenfälle gewerblicher Konflikte hinausreichende Tragweite.

Einem Wolff'schen Telegramm zufolge wollen die Direktoren der London and North-Western Railway die Frage der Verächtlichung ihres Vorgehens gegen die Bahngesellschaften dem Handelsamt zur Entscheidung unterbreiten.

lokales.

Der Haupt-Verwaltungsbericht des Berliner Magistrats für 1894/95 ist jetzt erschienen, 20 1/2 Monate nach Schluß des Berichtsjahres. Von den Angaben, die er bringt, ist nach so langer Zeit natürlich vieles bereits veraltet. Sollten diese Berichte wirklich nicht früher fertig zu stellen sein? Der vorige kam sogar erst volle zwei Jahre nach Schluß des Berichtsjahres heraus!

Ungünstige wirthschaftliche Verhältnisse konstatirt auch für 1894/95 der dieses Jahr behandelnde Haupt-Verwaltungsbericht des Berliner Magistrats, der erst jetzt erschienen ist. Es wird darin jedoch nur über schlechten Geschäftsgang, niedrige Preise, Nachlassen der Unternehmungslust und Sinken des Zinssfußes geklagt. Von niedrigen Löhnen und geringer Arbeitsgelegenheit wird kein Wort gesagt, was bei einem Bericht über eine Stadt wie Berlin, in der die Arbeiter den Ausschlag unter der Bevölkerung geben, immerhin etwas sonderbar wirkt. Daß es 1894/95 in Berlin überhaupt so etwas wie Arbeitslosigkeit gab, das wird nur an einer anderen Stelle berührt, bei Gelegenheit der Mittheilung, daß der Magistrat in jenem Winter vor planlosem Zugung Arbeitsloser aus den Provinzen nach Berlin warnte.

Vom Kirchenbau. Im Submissionverfahren waren die Maurerarbeiten für den Neubau der Georgenkirche ausgeschrieben worden. Die Forderungen betragen zwischen 197 470 und 269 456 M. „Die Kirchengemeinde-Behörden haben“, sagt der Magistrat in seinem neuesten Haupt-Verwaltungsbericht, „nicht die Offerte der völlig einwandfreien und mindestdfordernden Firma, sondern des Maurermeisters Bindner, eines Mitgliedes der Georgenkirchen-Gemeinde, mit 208 407 M. angenommen. Bindner hatte vor Entscheidung über den Zuschlag der Kirche ein Geschenk von 5000 M. in Aussicht gestellt.“ Der Magistrat hat das vom Gemeindevorstand beantragte Verfahren gemißbilligt.

Das neue Apsel für Obdachlose ist am Sonntag Mittag durch eine einfache Feier eingeweiht worden. Nachdem der Gesangs-Männerchor eine Hymne gesungen hatte, sprach Herr Gustav Thilde in schlichten Worten allen, die zur Errichtung des neuen „Tempels der Barmherzigkeit“ beigetragen, seinen Dank aus, gab einen Rückblick auf die Wirkfamkeit des Apselvereins für Obdachlose, gedachte im besonderen der Opferwilligkeit der Bauleiter Töbelmann und Schnock, welche selbstlos ihre Kraft zur Errichtung des Hauses zur Verfügung gestellt haben, und übergaben das Haus dann dem langjährigen Vereinsführer Paul Singer, der in kurzer Rede hervorhob, daß der Apselverein in dem neuen Hause an seinen alten bewährten Grundsätzen auch ferner festhalten werde, im Vertrauen auf die willige Unterstützung der Bürgerchaft Berlins, die stets dem Verein ihre Liebe und Sympathie entgegengebracht. Nach dem Vortrage der Gesangs-Komposition „Ein getreues Herz zu wissen“ folgte ein Rundgang durch das Apsel, dessen praktische und treffliche Einrichtungen allseitig Zustimmung fanden. In der Versammlung, welche der Feier bewohnte, befanden sich viele Gelehrte und Schriftsteller, zahlreiche Stadtverordnete und Magistratsmitglieder sowie die Minister v. Bosse und v. Büttcher.

Auch der vorgestrige „silberne“ Sonntag hat unter dem Einfluß der unangünstigen Witterung die an ihn geknüpften Erwartungen nicht erfüllt. Am Nachmittag waren die Straßen fast völlig menschenleer und erst am Abend, nachdem es zu regnen aufgehört hatte, wurde es in den Hauptgeschäftsstraßen etwas lebhafter, ohne daß jedoch hierdurch eine gesteigerte Kauflust herbeigeführt wurde. Im großen und ganzen waren die Geschäftsleute mit dem gestrigen Sonntag, an dem sich die Einnahme als bedeutend geringer erwies wie in den Vorjahren, recht unzufrieden. Eine Reihe von Geschäftsleuten versicherte uns, daß sie nicht einmal die Kosten für die Beleuchtung am gestrigen Nachmittage herangegeschlagen hätten. Die Zahl derer, welche keinen Vortheil im Sonntagsnachmittags-Geschäfte sehen, mehrt sich von Jahr zu Jahr, aber die leidige Konkurrenz und die Nachgiebigkeit der Behörden zwingt sie, ihreäden offen zu halten.

Die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verw. Gewerbe zu Berlin werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 29. d. M. die Vertreter zur Generalversammlung für 1897 gewählt werden. Wir ersuchen daher alle diejenigen, welche gewillt sind, das Amt anzunehmen, ihre Adresse bei einem der Unterzeichneten abzugeben. Paul Reimann, N., Wellenmannstr. 83, v. 2 Tr.; Hermann Beer, S. O., Skaligerstr. 65, v. 4 Tr.; Wilhelm Käse, O., Spreerstr. 12, Hof 2 Tr.; Paul Bauer, O., Münchebergerstr. 12, v. 4 Tr.

Ueber die Zunahme des Vorortverkehrs und das Anwachsen der Vorort-Verdöderung giebt eine von der Eisenbahndirektion Berlin veranlaßte Statistik interessante Aufschlüsse. Zum Vergleiche sind darin herangezogen die Gesamtergebnisse der Jahre 1890—91 (vor Einführung des ermäßigten Vororttarifs) und 1895—96 (bis 1. Oktober d. J.). In diesen beiden Zeitabschnitten sind im Berliner Vorortverkehr insgesamt beordert worden 23,4 gegen 44,8 Millionen Personen, was einer Zunahme von 91 pCt. entspricht. Die Einnahmen betragen in den beiden Perioden 6,5 gegen 8,6 Millionen Mark, also mehr als 33 pCt. Auf Zeitkarten wurden insgesamt ausgeführt 4,8 bzw. 9,3 Millionen Fahrten, so daß die Frequenz-Steigerung 93 pCt. (die Einnahme-Vermehrung 70 pCt.) beträgt.

In einer Denkschrift an den Polizeipräsidenten fordert der Centralausschuß dieser kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine Abschaffung der Verformungsbestimmungen, wonach die Bier- und Hausgärten aller derjenigen, die nach Ansicht der Polizei-Organe nicht zu den „kleinen Läden“ gehören, am Sonntag nicht mehr begossen werden dürfen; ferner Aenderung der weitgehenden Bevollmächtigung der Schulleute zur Entscheidung der schwierigsten Fragen. Ferner wünscht die Denkschrift Befestigung der Verordnung der Reichspost vor den Privatpostanstalten in der Sonntagsruhe; die — nur für den Stadtkreis Berlin ersorgende — Ausdehnung des Gebots der Verhängung der Schaukasten und Ladenthüren am Sonntag von 10 Uhr ab auf alle Läden ohne Unterschied; die Eingriffe in die Bewegungsfreiheit des Privatlebens durch das Verbot von Theaterproben, Langluftarbeiten, Gesangs- und bellamatorischen Vorträgen im Privathause für eine Reihe von Tagen und Stunden, ganz besonders für die Vorbereitungen der drei großen Feste.

zum Kapitel von der Ausweisungsbefugnis der Polizei. Es wird berichtet: Eine eigene Geschichte liegt einem Selbstmorde zu Grunde, den vorgestern Abend der 37jährige Zigarrenarbeiter Albert Estabell aus der Hagenstraße 3 verübt hat. Estabell lebte früher in Meseritz und zog sich dort wegen Majestätsbeleidigung eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten zu. Vor fünf Jahren heiratete er seine jetzige Frau, eine Wittve mit vier Kindern aus erster Ehe. Später zog Estabell mit seiner ganzen Familie nach Berlin, wurde aber von hier ausgewiesen. Wegen Verletzung des Ausweisungsgesetzes wurde er zweimal mit kurzen Haftstrafen bestraft. Vor vierzehn Tagen kam er wieder nach Berlin und machte der Frau, die ebenfalls für eine Zigarrenfabrik arbeitet, den Vorschlag, mit ihm zu sterben oder nach Spandau zu ziehen, da sie dort zusammen leben könnten. Nun wurde Frau Estabell vor einigen Tagen krank und erhielt vom Arzte Marie Morphylium Tropfen verschrieben. Von den Morphiumtropfen war noch eine Flasche übrig geblieben. Diese trank nun Estabell Sonntag Abend um 8 Uhr bis zur Hälfte aus, sank dann auf einem Stuhl zusammen und schlug damit hintersüber. Die Glumachern versuchten im Verein mit seiner Frau ihm als Gegenmittel Milch einzufüllen, bis sie endlich um 2 Uhr nachts einen Arzt fanden, der den Schwerekranken sofort in eine Anstalt bringen ließ, wo er gestern Morgen gestorben ist. Estabell lag in den letzten Tagen eine bedächtige Angst zur Schau, wegen unerlaubten Aufenthaltes in Berlin wieder ergriffen zu werden und die Weibkinder in Haft zubringen zu müssen.

Die Pferde-Eisenbahn Dalldorf-Tegeeler Chaussee soll mit dem Sommerfahrplan bis zur Charlottenstraße verlängert, auch soll alle halbe Stunden ein Wagen abgelassen werden. Jetzt verkehrt auf der Bahn stündlich ein Wagen.

Der Fernsprechverkehr mit Hagen (Westfalen) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt eine Mark.

Der Nordpolfahrer Julius v. Payer wird heute in der Urania, Abteilung Invalidenstrasse, seine Erlebnisse während der beiden von ihm mitgemachten Expeditionen schildern, der deutschen auf der „Germania“, deren Befehlshaber der gegenwärtige Admiralitätsrat Rohdewey in Hamburg war, und der österreichisch-ungarischen, die er in Gemeinschaft mit dem hochverdienlichen Mesprecht selbst befehligte. Herr v. Payer wies mit einem Ausblick auf die weiteren Ziele der Polarforschung, welche sich namentlich dem Südpol zuwenden soll, schließen. Von morgen ab bis einschließlich den 24. Dezember wird die Invalidenstrassen-Abteilung der Urania geschlossen bleiben.

Im Berliner Aquarium ist mit den jüngsten Sendungen eine bunte vielgestaltige Gesellschaft eingezogen. Aus der Gruppe der Reinfishiere fällt ein rosenroter Krebs auf, der unseren Flusfkrebs an Länge und Fierlichkeit und Schönheit übertrifft, durch seine prächtige Färbung, die großen nierenförmigen, schwarzblauen Augen und die Gewandtheit, vermöge welcher er sich in weitem Bogen durch das Wasser schnell. Es ist eine dem Hummer nahestehende Art, ein Nephrops, der sich in der nördlichen Adria, merkwürdigerweise aber auch an der Südwestküste Norwegens findet. In den Barschfischen gehört ein in mehreren Exemplaren angekommener Fisch, eine Art Safrasse, die sich wie ihre Verwandten durch mächtig entwickelte Kieferzähne, im übrigen aber durch die Brutpflege auszeichnet, welche sich in sorgfamer Bewachung der vom Weibchen an einer gefärberten Stelle des Grundes abgelegten Eier betätigt. Der Fisch selbst erscheint blau- oder graugrün mit dunkleren, goldglänzenden Streifen und braunen Flecken.

Richard Henz tritt am 22. d. M. von Hamburg in Berlin ein und giebt am 1. Weihnachtstag abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr seine erste Vorstellung.

Der hiesige Ortsbezirk des Eisenbahnbeamten-Vereins (Zentralclub Hannover) leistete sich, wie uns von betheiligter Seite mitgeteilt wird, am Sonntag Nachmittag in den Viktoriafäden, Leipzigerstr. 184, das Vergnügen einer Protestkundgebung der Eisenbahnbeamten-Gesellschaft gegen die Zumuthungen (!) der Sozialdemokratie. Was sollen die Herren anders machen? Wer wider den Stachel zu löden wagt, der fliegt und kann sehen, wie er mit Weib und Kind verhungert!

Das Wiederauftreten der Influenza macht sich schon in den Bevölkerungszahlen des statistischen Amtes der Stadt Berlin bemerkbar. Für die Woche vom 22. bis 28. November werden sechs Todesfälle von Grippe verzeichnet; in der Woche vom 29. November bis 5. Dezember scheint ein Rückgang auf vier Sterbefälle eingetreten zu sein.

„Germanische Abstammung“ soll die vermögende junge Dame haben, die ein Zahnarzt durch eine Heirathsannonce in der „Voss. Zig.“ als Lebensgefährdin sucht. Nach der Versicherung der Antisemiten vermahnt ein richtiger Germane „diesen nicht mehr ungeduldlichen Weg“.

Die Garantiefonds-Zeichner für die verlassene Gewerbe-Kassations sind, wie mitgeteilt wird, der Aufforderung des Arbeitsausschusses, 30 pCt. des von ihnen garantierten Betrages zu zahlen, grüßteithils nicht nachgekommen; sie verlangen vor Leistung auch nur einer Theilzahlung Aufmachung der Schlussrechnung; insbesondere weisen sie darauf hin, daß es sich erst bei Prüfung dieser Schlussrechnung herausstellen könne, inwieweit die Berliner Gewerbe-Ausstellung selbst die dieser zur Last gelegten Beiträge anerkennt wird. Unter diesen Umständen wird dem Arbeitsausschuß nichts weiter übrig bleiben, als die Eingebung der von den Garantiefonds-Zeichnern zu leistenden Beiträge so lange aufzuheben, bis er in der Lage ist, Schlussrechnung zu legen. Diese Schlussrechnung wird kaum vor April 1897 zu erwarten sein.

Zur Explosion in der Spenerstraße. Der Chemiker Georg Isaac, der am Sonnabend bei der Explosion in seinem Laboratorium in der Spenerstraße ein so entsetzliches Ende gefunden, ist das Opfer seiner Erfindung geworden, von der er sich eine Revolution auf dem Gebiete des Beleuchtungs-wesens versprach. Seine Erfindung, die, nach Mittheilung eines Blattes, vor einigen Tagen patentirt wurde, beruhte, soviel verstanden, auf der Verbesserung des Acetylen-gases, das bisher bekanntlich wegen der hohen Explosionsgefahr noch nicht die anfangs erhoffte Bedeutung erlangt hat. Das Isaac'sche Licht wird von Männern, die es gesehen haben, als ein überaus schönes geschildert, es sollte zugleich den Vorzug besitzen, daß keine umfangreichen Fabrikanlagen zur Herstellung des Gases erforderlich waren, sodas auch kleineren Gemeinwesen die Einführung möglich gewesen wäre. Isaac, der älteste Sohn des Stadtraths Isaac in Charlottenburg, war lange Jahre Vorsitzender des „freiwilligen Arbeitervereins“ in Charlottenburg und wurde wegen seiner Rednergabe von der Parteileitung des öfteren nach den Provinzen entsandt, um dort zu sprechen. Er kandidirte auch bei den vorletzten Wahlen in einem Wahlkreise der Mark. Jahre hindurch hat er die „Neue Zeit“ in Charlottenburg, die ihm und seinem Bruder gehörte, geleitet. Er trat vor etwa 3 Jahren aus der Leitung der „Neuen Zeit“ aus, um sich seinen Erfindungen zu widmen. Er erfindet ein Umbruchsverfahren, nach welchem Milch innerhalb zwei Stunden herzustellen waren, und verkaufte das Patent an eine englische Gesellschaft. Bis vor kurzer Zeit beliefete er die Stelle eines Chemikers bei der Gas-Gläsfabrik „Kommet“, die er mit begründet hat. Isaac hat ein Alter von 42 Jahren erreicht; er hinterläßt zwei Kinder. Auch die verunglückten Schlosser Werner und Krüger waren gleich Wohlthäter verheiratet. Der Buchhalter Wättner, der bekanntlich dadurch getödtet wurde, daß er im Moment des Unglücks eine Postkarte zum Briefkasten trug, kann folgendes mittheilen: Der Monteur Krüger aus Birzen lieferte vor 3 Tagen für das Laboratorium Apparate und sollte so lange hierbleiben, bis sie richtig in Gang gebracht waren.

Am Sonnabend Nachmittag wurde von 3 Uhr ab nicht mehr gearbeitet, weil Isaac zur Beseitigung seiner Gaslampe Besuch erwartete. Wie die Explosion entstanden sei, weiß er aus eigener Anschauung nicht. Wahrscheinlich ist sie auf einen zu hohen Druck in der Schlinge des Kondensators zurückzuführen. Unmittelbar neben dem Kondensator hing eine Flasche Kohlenäure, die an dem Kondensator hing, explodirte sein. Die Mannesmann-Röhren hätten also den Druck trotz der von einem Fachmann bestätigten Festigkeit nicht ausgehalten. — Einer der ersten Augenzeugen, die das Laboratorium betreten, giebt die gewonnenen Eindrücke in folgender Weise wieder: Im Innern der Räume, wo man die Feuerwehr mit Blendlaternen sehr vorsichtig arbeiten sah, war nur ein geringer Brand entstanden, den ein Feuerwehmann mit einigen Eimern Wasser sofort löschte. Man sah nichts Ganzes mehr. Holzsplitter, Glascherben, Theile von Wänden, Röhren, eine herausgehobene eiserne Thür bildeten ein wirres Durcheinander, und unter dem Trümmerhaufen lagen die Leichen der vier Opfer. Die Unglücklichen waren aus dem zweiten Raum mit der Wand zugleich in den ersten geschleudert worden. Den Fußboden hatte die Wucht der Explosion durchbrochen, von zwei mächtigen eisernen Kesseln, die nach einer Schätzung je etwa 2000 Liter fassen, war der eine vollständig auseinander gerissen und seine Theile waren verbogen. Ein einen halben Fentner schweres zusammengebogenes Stück des Kessels flog, wie sich später ergab, aus einem Fenster hinaus, über die benachbarten Häuser hinweg bis auf die gegenüberliegende Seite der Spenerstraße, wo es auf dem Dache des Hauses Nr. 12 zwei Schornsteine abriß und dann liegen blieb. Das Stück lag am Sonntag auf dem Bürgersteig vor dem Hause. Der zweite Kessel wurde für noch zum Theil gefüllt gehalten. Bei dem Herausheben der Leichen merkte man, daß die Scheinbar noch zusammenhängenden Körper aus kleinen Stücken bestanden. Von der Kleidung sah man nur Fetzen. Bei zwei Verunglückten waren die Gesichtszüge noch zu erkennen; die Köpfe der anderen waren auseinandergerissen; eine Kopfhaut mit dem Haar war aus einem Fenster heraus bis an den gegenüberliegenden Flügel des Grundstücks geschleudert worden. Am Sonntag hatte man die Unglücksstelle einigermaßen ausgeräumt, die Polizei hielt sie aber noch besetzt.

Mit der Polizei drohte am Sonnabend Abend der Wirth des Lokals Neumannstr. 57 einigen Arbeitern, welche dort für die ausländigen Hafenarbeiter in Hamburg Beiträge in Empfang nahmen. Es versteht sich, daß die beiden Arbeiter sich sofort aus dem Lokal entfernten, mit ihnen gingen aber auch die meisten anderen Gäste.

Ein fiescher Diebstahl wurde in der Nacht zum Montag in der Buchhandlung Vorwärts verübt. Bisher unbekannte Diebe hatten eine Scheibe, die sie mit schwarzer Seife beschrieben, eingedrückt und waren so in die zur ebenen Erde belegenen Räume eingekriegen. Zwei Pakete wurden gewaltsam erbrochen und stelen hierbei den Dieben an Briefmarken und barem Gelde etwa 90 Mark in die Hände. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so dürften die Diebe entdeckt werden.

Todschlag. Gestern Nacht wurde vor dem Hause Angermünderstrasse 11 der 57jährige Arbeiter Adolph Bährig mit einer von einem Messerschnitte herrührenden schweren Verletzung am Halse aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedriehshain gebracht, wo er bald darauf starb. Als Thäter wurde der 25jährige Schlosser Hugo Susemühl ermittelt und nach kurzer Zeit in der Alten Schönhauser Straße festgenommen. Angeblich ist er auf der Strafe beledigt worden und hat bei dem Streite dem Bährig einen Messerschnitt verseht.

Ein neues Opfer des Bahnbetriebes. In seinem Beruf am das Leben gekommen ist am Sonnabend Nachmittag um 3 $\frac{1}{4}$ Uhr der 51 Jahre alte Maschinenbauer Karl Streit aus der Rathenowerstr. 104, der seit 23 Jahren auf dem Lehrter Bahnhof beschäftigt war. Er befand sich auf dem fünften Geleis zur Ausbesserung der Kuppelung an einem Eisenbahnwagen, an den drei andere leere Wagen herangeschoben wurden. Streit wollte bei der Annäherung dieser Wagen die Arbeitsstelle verlassen, scheint aber damit zu lange gewartet zu haben. Er wurde überfahren und vollständig zermalmt.

Der 21jährige „Arbeiter“ Kobald wurde Sonntag Vormittag vor der Zentralmarkthalle von Schläglern beim Pferdewiebstahl ertappt und unter argen Mißhandlungen einem Schutzmännchen übergeben. Ihm mußte auf der Polizeiwache ein Verband angelegt werden.

Ein aus der städtischen Irrenanstalt zu Dalldorf entwischener Geisteskranker, der sich nach Hannover gewandt hatte, wurde dort von einem Polizeibeamten in den Straßen umherirrend angetroffen und festgenommen. Der Kranke ist einseitig einer dortigen Heilanstalt überwiesen worden.

In bitterer Noth hat der Sattler Karl Fischer, der in der Nacht zum Montag Hand an sich legte, drei Kinder zurückgelassen. Fischer, ein Mann von 60 Jahren, hatte Luiseufer 36 eine kleine Hofwohnung inne, die er mit seinen drei jüngeren Kindern, einem 17jährigen Mädchen und zwei Knaben im Alter von 14 und 10 Jahren bewohnte. Fischer, der seine Kinder vollständig vernachlässigte, sollte Montag Vormittag zu einer Verhandlung vor Gericht erscheinen. Um 7 Uhr morgens fand ihn jedoch ein Kutsher in seiner Wohnung als Leiche auf. Er hatte aber seinem Bett einen Nagel in die Wand geschlagen und sich daran mit einer Drahtschnur erhängt. Der drei Kinder haben sich vorläufig Hausnachbarn angenommen. Die Motive zu dem Selbstmord sind bisher noch unbekannt.

Aus dem Polizeibericht vom 14. Dezember. Am Sonnabend früh wurde auf dem Hausflur Zehrdellnerstr. 48 die Leiche eines neugeborenen Kindes und Sonntag in den Anlagen bei der Bartholomäuskirche wiederum eine Kindesleiche aufgefunden und nach dem Schauhause gebracht. — Durch vorschriftswidriges Fahren wurden schwer verletzt in der Wallstraße der Hausdiener Furlert durch einen Omnibus und auf der Kreuzung der Alten Jakob- und Oranienstraße der Fuhrer Wiegandewitz durch eine Droschke. — In der Nacht zum Sonntag wurden in der Oranienstraße der Bildhauer Fabian und der Schlosser Krüger, angeblich ohne jede Veranlassung, von drei unbekanntem Männern überfallen und durch Messerschnitte anscheinend leicht verletzt. Die Thäter sind entflohen. — Sonntag früh verlor die 21jährige Stickerin Anna D. in ihrer Wohnung in der Markussstraße aus Unachtsamkeit ein Glas mit Oel zum vergiften. Durch sofort angewandte Gegenmittel wurde indessen jede unmittelbare Lebensgefahr beseitigt. — Vormittags fiel der 34jährige Pader Paul Polnow in der Gräfelstraße in Krämpfen hin und verletzte sich so erheblich im Gesicht, daß seine Ueberführung in das Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Vor dem Hause Alexanderstr. 71 lieh nachmittags der neunjährige Sohn des Schlossermeisters Rahls gegen eine Droschke, wurde überfahren und zog sich eine Verrenkung des linken Fußes zu. Ihm wurde auf der Anstalt ein Verband angelegt. — Abends sprang der 41 Jahre alte Bademeister August W. aus einem Fenster der Münch'schen Badesanstalt Neu Köpenick a. B. und erlitt einen Beinbruch. Er wurde nach dem Krankenhaus Moabit gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Ein Fabrikbrand ist gestern in Sabowa bei Köpenick ausgebrochen. Kurz nach 8 Uhr entstand in der dortigen Firma Kuerbach, Berlin, Greifswaldstr. 191/192, gehörigen Pappfabrik Feuer, welches rasch um sich griff und das Fabrikgebäude bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Es sind große Vorräthe von fertiger Pappe und von Rohmaterialien verbrannt. Etwa 50 Arbeiter waren in der Fabrik beschäftigt.

Das Verschwinden eines jungen Mädchens, der zwanzig Jahre alten Klara Reimann aus der Viktoriastr. 23 zu Harten-

walde, die schon seit dem 29. Oktober d. J. vermißt wird, beschäftigt noch immer die Behörden; auch die Berliner Polizei ist um Ermittlungen angegangen worden, hat aber ebenfalls keine Spur entdecken können. Die Vermisste ist von miltlerer Größe und Stärke, hat dunkelblondes Haar und graublau Augen und trägt ein rothes Rattunleid mit weißer Kante, hellen Regenmantel und einen kleinen grauen Hut mit Fliedbesatz.

Kunst und Wissenschaft.

Für die Große Berliner Kunstausstellung 1897 hat am Sonnabend, den 12. d. M., vormittags im Kultusministerium die konstituierende Versammlung der Ausstellungskommission stattgefunden. Es wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden: Maler Professor Ernst Römer; zum 2. Vorsitzenden: Kupferstecher Professor Gustav Eilers; zum 1. Schriftführer: Architekt Carl Hoffacker; zum 2. Schriftführer: Maler Willi Böding; zum 1. Säckelmeister: Bildhauer Professor Dr. Ferd. Harber; zum 2. Säckelmeister: Bildhauer Professor Ernst Hert.

Zu dem „ungedruckten Gedicht“ von G. Herwegh, oder richtiger: Zu der Frage in Nr. 282 des „Vorwärts“, ob dieses Gedicht auch in Norddeutschland während des Bruderkrieges 1846 verbreitet wurde, wird uns geschrieben: Kurz vor und während des Krieges erhielt der demokratische Arbeiterbildungs-Verein in Altenburg von Dresden ein Flugblatt gesandt, welche sich gegen die Macher des Bruderkrieges wandten; darunter befand sich unter andern auch das fragliche Gedicht von Herwegh. Es wurde in einer stark besuchten Versammlung im Gasthaus zur Rathswaage daselbst von dem Bäckermeister Hohmann unter laudem Beifall vorgetragen, und später an demselben Abend in Gemeinschaft mit einem Gedicht von Bäcker: „Oh noch die Riegel kommt ins Rollen“ — in mäßiger Anzahl gratis vertheilt.

Dem Verein gehörten f. Zt. viele wahrhaft demokratische Männer an, u. a. die bekannten Achtundvierziger Dr. Nothe und dessen Schwager, Advokat Delitsch. — Was später aus dem genannten Verein und dessen Mitgliedern geworden, ob sie sich der zu jener Zeit auf den Plan tretenden Sozialdemokratie angeschlossen, ob in den damals alleinseligmachenden Schooß des Nationalliberalismus hineingerufen sind, weiß ich nicht zu sagen. — So unser Korrespondent, dem wir für seine Mittheilung danken. Dr. Nothe und Rechtsadvokat Delitsch sind bürgerliche Demokraten geblieben. Uebrigens ist Altenburg in Mitteldeutschland nicht in Norddeutschland. —

Die französischen Luftschiffer Godard und Sourenou theilen den Blättern mit, daß sie das Projekt Andree's aufnehmen wollen, den Nordpol per Luftballon zu erreichen. Die Expedition soll im Frühjahr 1898 stattfinden. Der Ballon, welchen die Forscher benutzen wollen, soll 10 000 Kubikmeter fassen und 60 Tage in der Luft bleiben können. Die Kosten der Expedition werden auf 250 000 Fr. veranschlagt.

Gerichts-Beilage.

Der Prügelmeister. Wegen Ueberschreitung des dem Lehrmeister zustehenden Züchtigungsrechts hatte sich gestern der Preiser Rudolph Leit vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten, dessen Eigenschaft als „Junngesmeister“ von dem Vertheidiger mehrfach betont wurde, f. Z. zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er einen Lehrling überaus roh behandelt hatte. Der Lehrling hatte den Zorn des Meisters dadurch erregt, daß er in der Nachbarschaft die Mißtheilung verbreitet hatte, daß dieser ihm schlechtes Fleisch zum Mittagbrot verabreichte. Der rohe Meister hatte sich darauf den Lehrling vorgenommen, ihn kräftigst an den Ohren gefaßt und seinen Kopf brutal mit den Fäusten bearbeitet, schließlich hatte der Junge selbst den Kampf herbeizuholen müssen und die Frau Meisterin hat ihm damit ihren Unwillen fühlbar gemacht. Die Eltern des Knaben befehlen ihn natürlich aus der Lehre, stehen die Verletzungen durch einen Arzt bescheinigen und stellen den Strafantrag. Der Angeklagte legte gegen das schöffengerichtliche Urtheil Berufung ein und behauptete, daß der Junge eine Züchtigung wohl verdient habe und er dabei über das dem Lehrherren zustehende Recht nicht hinausgegangen sei. Im gestrigen Termine traten noch drei andere frühere Lehrlinge des Angeklagten als Belastungszeugen gegen diesen auf. Sie waren darin einig, daß der Meister gegen die Lehrlinge sehr leicht handgreiflich wurde. „Keile hat's bei der geringsten Veranlassung gegeben“ meinte der eine und der andere gab verschämt zu, daß er oftmals „seine Reinigung“ bekommen habe, während der dritte einen Vorfall erzählte, bei dem der Meister den Kopf des Jungen so heftig gegen die Wand gestoßen hatte, daß letzterer drei Wochen lang keinen Hut tragen konnte. Angesichts dieser Behauptungen nahm der Gerichtshof doch an, daß der Angeklagte die Grenzen seines Züchtigungsrechts überschritten habe und verwarf deshalb die Berufung.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsraths Rosky hatte sich am Montag der Arbeiter Eduard Kugohly wegen eines gegen seine Ehefrau verübten Mordanschlages zu verantworten. Der seit 1883 verheiratete Angeklagte hatte sich in den letzten Jahren dem Trünke ergeben und lebte mit seiner Frau in Unfrieden. Schließlich trennte er sich von ihr. Er äußerte wiederholt zu Bekannten, daß er sich einen Revolver kaufen und die Frau niederschlagen werde. Am 7. Oktober gab er seine Arbeit auf, am 8. Oktober kaufte er sich einen Revolver, den er mit vier Patronen lud. Am 10. Oktober gegen 4 Uhr nachm. traf er seine Frau in der Stephanstraße. Sie floh vor ihm und lief in ein Haus, er folgte ihr nach, doch entwich sie ihm auf die Straße und als er sie dort einholte, schöß er sofort auf sie und traf sie in die linke Seite. Sie stürzte sich abermals in ein Haus und er schöß dort zum zweiten Mal auf sie. Die Hülfsleute der Frau lockten mehrere Personen herbei, auf die der Angeklagte zwei auf den Revolver richtete; dann aber schöß er gegen seine eigene Schläfe. Der Schuß ging fehl und der Angeklagte wurde verhaftet. Auf dem Wege zur Wache soll er noch gesagt haben: „Schade, daß ich sie nicht niedergeschossen habe“, schade, daß es nicht anders gekommen ist.“ Die Frau, welcher durch die eine Revolverkugel eine Rippe durchschlagen und der Magen verletzt worden ist, hat eine schwere Krankheit und eine sehr gefährliche Operation durchzumachen gehabt und es ist nach der Behandlung des behandelnden Arztes vom Krankenhaus Moabit fast als ein Wunder zu betrachten, daß sie anscheinend wieder genesen wird. Zur Zeit liegt sie noch im Krankenhaus. Das Urtheil lautete auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

Ein verunglücktes Zeitungs-Unternehmen kam gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. Aus der Untersuchungshaft wurde der frühere Schneidermeister Louis Hentschel vorgeführt, dem eine ganze Reihe von Betrügereien und Unterschlagungen zur Last gelegt wurde. Der Angeklagte gründete im Herbst v. J. die „Internationale Schneiderbörse“, ein Fachblatt, welches zweimal monatlich erscheinen sollte. Auf dem Hofe des Grundstücks Hollmannstraße 16 mietete Hentschel zwei kleine Zimmer, das eine stand leer, das andere wurde nothdürftig mit einigen Stühlen und Tischen ausgestattet und erhielt die stolze Bezeichnung „Verlag, Redaktion und Expedition der Internationalen Schneiderbörse“. Der Angeklagte hatte ein Baarvermögen von 300 M. dessen, welches kaum zur ersten Einrichtung ausreichte. Um sich weitere Mittel zu verschaffen, verfiel der Angeklagte auf den gefährlichen Ausweg der

Kautions-Verfahren. Er suchte durch die Zeitungen Kautionsfähige Leute und es meldeten sich sehr viele. Es waren Personen aus allen Berufsgruppen, stellenlose Arbeiter, Pferdebahnkassierer, Bremser, Kaufleute, Diener und Handwerker. Der Pferdebahnkassierer Klatt, welcher Geschäftsleiter werden sollte und seine Bedenken äußerte, ob er auch diesen Posten würde ausfüllen können, wurde von dem Angeklagten durch die Bemerkung beruhigt, daß sich dies sehr leicht lerne. Um den immer noch Zögernden, welcher 800 M. Kautions stellen sollte, sicher zu machen, erklärte der Angeklagte, daß er schon gegen 3000 Abonnenten habe und bald so bestehen würde, wie der Verleger des „Kolal-Anzeiger“. Der Geschäftsleiter habe auch die Kolporteur-Lasse zu führen und deshalb sei eine so hohe Kautions erforderlich. Klatt ließ sich bereden. Schwierigkeiten bot ihm seine neue Stellung nicht, denn er hatte nichts zu thun. Die „Kolporteur-Lasse“ bestand aus einem leeren Kasten. Klatt sah bald ein, daß er getäuscht worden war, er suchte so schnell wie möglich von dem Angeklagten wieder loszukommen. Die Kautions, welche der Angeklagte in dem Vertrag als „Darlehen“ bezeichnet hatte, ohne daß dies dem Klatt aufgefallen war, konnte der Angeklagte natürlich nicht zurückzahlen; Klatt hat nach langem Drängen etwa die Hälfte seines Geldes zurück erhalten, nachdem es dem Angeklagten gelungen war, einen anderen Bewerber zu pressen. In dieser Weise hielt der Angeklagte sich bis zum August d. J. über Wasser, dann brach das auf so unsolider Grundlage gegründete Unternehmen zusammen und der Angeklagte wurde verhaftet. Der Bäckereirevisor Kruse erklärte, daß es zu einem Konkurs nicht gekommen sei, weil keine Masse vorhanden war. Der Angeklagte hatte etwa 570 Abonnenten erworben. Die übrigen Betrugsfälle lagen ähnlich wie im Falle Klatt. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen wiederholten vollendeten Betruges sowie wegen versuchten Betruges und Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre Gefängnis und zu zweijährigem Ehrverlust. Zwei Monate gelangten durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung.

Einem Gefangenen, welcher gestern Morgen aus der Strafanstalt Böhmenstraße vorgeführt wurde, um sich wegen Betruges im Rückfalle vor dem dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten, gelang es, in dem auf dem Flur des Gerichtsgebäudes herrschenden regen Verkehr dem Gerichtsdiener aus den Augen zu kommen und den Ausgang zu erreichen. Es ist der im Jahre 1874 geborene Kellner Max Lehmann, ein trotz seiner Jugend bereits mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch.

In dem Berichte über die Beleidigungsklage des Redakteurs Dr. Friedr. Lange gegen Dr. Carl Peters ist irrtümlich angegeben, daß die gegen den letzteren gerichteten Angriffe des Klägers in einem Artikel der „Tägl. Rundschau“ enthalten gewesen seien. Tatsächlich ist der betreffende Artikel in dem jetzigen Organ des Klägers, der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht worden.

Das neueste vom dolus eventualis ist, daß er jetzt auch zusammen mit dem groben Unfugparagraphen gegen die Presse angewendet wird. Sehr sattem hat nämlich das Landgericht Prenzlau am Sonnabend das Urteil begründet, wodurch die Berufung des Redakteurs Withe in Tempin in dem von uns seinerzeit gemeldeten Presseprozeß zurückgewiesen wurde. Withe hatte auf Grund einer ihm zugegangenen Depesche in einem Extrablatt mitgeteilt, daß bei der im Kreise Klippin-Tempin stattfindenden Reichstags-Stichwahl die Aufrufstimmen für den freisinnigen Pörsing stimmen wollten. Durch diese Nachricht, die falsch sein soll, hatte nach Annahme des Schöffengerichts der Angeklagte das Publikum des Wahlkreises beunruhigt, weshalb er wegen groben Unfugs zu

30 M. Geldstrafe verurteilt wurde. In der Berufungssitzung wurde festgestellt, daß der Angeklagte die Unrichtigkeit der Drahtmeldung nicht kannte; er habe aber, als er sie — unbefürchtet, ob sie wahr oder nicht wahr sei — verbreitete, mit dem bekannten dolus eventualis gehandelt. Durch die falsche Nachricht sei Beunruhigung nicht nur in der konservativen Partei, sondern im Publikum überhaupt hervorgerufen worden. Deshalb wurde das erste Urteil bestätigt. Der Beurtheilte will Revision einlegen.

Gegen zwei höhere Betriebsbeamte der sächsischen Staatsbahnen soll, wie man dem „Verl. Ztbl.“ meldet, Anklage erhoben worden sein, weil sie verschuldet hätten, daß am 12. September auf dem Ebbaner Bahnhofe der Dresdener Schnellzug in den zur Abfahrt bereitstehenden kaiserlichen Hofzug hineinfuhr. Die Verhandlung soll schon in nächster Zeit vor dem Landgericht in Bautzen stattfinden. Die Armen!

Versammlungen.

Die Protestversammlung, welche vom Verband der Gast- und Schankwirth von Berlin und Umgebung einberufen worden war, um Stellung gegen die Maßregeln zu nehmen, die der Polizeipräsident durch die neue Verordnung über die äußere Feilhaltung der Sonn- und Feiertage angeordnet hatte, tagte am Montag Nachmittag im Kellerischen Saale, Köpenickerstr. 29, und war zahlreich von Angehörigen aller Berufsvereine Berlins und der Umgegend besucht. Der weite Saal und die Galerien waren völlig besetzt. Es mochten über 8000 Personen anwesend sein. Nach einem Referat des Herrn Rechtsanwalt Dr. Schöppe, der die Rechtmäßigkeit der Verordnung angewiesene und den Antrag der Angelegenheit durch richterliche Entscheidung empfahl, wurde nach einer längeren Diskussion folgende Resolution angenommen: Die versammelten Gast- und Schankwirth von Berlin erklären hierdurch, daß durch die Verordnung des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin vom 10. Oktober dieses Jahres über die äußere Feilhaltung der Sonn- und Feiertage ihr Gewerbe und ihre Existenz auf das schwerste bedroht und die versorgungsmäßig gewährleistete persönliche Freiheit des einzelnen Bürger sowie privater Vereinigungen in nicht zu rechtfertigender Weise geschmälert wird. Sie sprechen die sichere Ueberzeugung aus, daß die Verordnung ihren Zweck: Die Sonntagseheiligung zu fördern, nicht erfüllen, vielmehr nur dazu beitragen wird, alle die von ihr geschädigten Personen und Erwerbskreise der Kirche zu entfremden. Sie sprechen endlich ihre scharfe Mißbilligung darüber aus, daß eine dergleichen in das Erwerbs- und private Leben einschneidende Verordnung erlassen worden ist, ohne zuvor den Interessenten Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern, und daß die Verordnung, ohne Rücksicht auf bereits ergangene Verpflichtungen und ohne eine Uebergangszeit vorzusehen, sofort in Kraft gesetzt worden ist. Die Versammlung beschließt, keinen geschlichen Schritt unversucht zu lassen, um die Verordnung wieder zur Aufhebung zu bringen.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unfall. Die Eisenbahn-Direktion Stettin theilt mit: Am 13. d. M., abends 8 Uhr, stieß ein von Posenwall nach Stettin bestimmter Güterzug bei der Einfahrt in die Kreuzungsstation Stöwen auf einen von entgegengesetzter Richtung gekommenen Personenzug, wobei der Pacmeister des Güterzuges schwerer und ein Bremser leicht verletzt wurden. Reisende wurden nicht verletzt. Die Störung des Verkehrs wurde in acht Stunden beseitigt. Der Materialschaden ist

nicht erheblich. Als Grund des Unfalls ist Ueberfahren des Haltezeichnals anzunehmen. Weitere Untersuchung ist eingeleitet.

Ein aus Kiel in New-York eingetroffener Einwanderer namens Ludwig Schütt kam am Freitag in das Bureau des deutschen Generalkonsuls Feigel und richtete einen geladenen Revolver auf den Generalkonsul mit dem Verlangen, eine von seinen Verwandten aus Kiel angeblich eingefandte Geldsumme ausgeliefert zu erhalten. Es gelang, Schütt zu verhaften; er wurde in Untersuchung gebracht.

Mehrere Morde soll ein Schneidergeselle auf dem Gewissen haben, der in Posenwall verhaftet wurde. Der „N. N.“ wird darüber geschrieben: Der betreffende, der erst seit einigen Wochen in Posenwall in Arbeit fand, trug von Anfang an ein sehr scheues Wesen zur Schau; es schien, als ob ihn eine innere Unruhe bedrückte. Schließlich offenbarte er sich einem Mitgesellen, der gleichzeitig ein Landmann von ihm war, und gekannt demselben, daß er in seiner Heimath Westpreußen mehrere Morde verübt habe, welche ihm jetzt keine Ruhe ließen. Der Mitgeselle machte nun seinem Meister und dieser wiederum dem Polizeibehörde Anzeige von dem Geständniß. Infolge dessen wurde der Selbstdenunziant in Haft genommen. Unter den beschlagnahmten Papieren des Verhafteten fand man ein Schreiben der Staatsanwaltschaft Elbing, aus dem hervorgeht, daß gegen den festgenommenen thätlich in Frühjahr ds. J. eine Untersuchung wegen Mordes geschwebt hat.

In Rostow am Don ist am Sonntag das große Theater im Stadigarten mit allen Dekorations- und Einrichtungsgegenständen vollständig niedergebrannt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Die Entstehungsurache des Brandes ist nicht bekannt.

Ein Bücherdieb. Die römischen Blätter melden, daß die über sechstausend Bände umfassende Bibliothek des Handelsministeriums im Werth von vierzigtausend Francs bis auf siebzehn Bände verschwunden sei. Der frühere Ministerialdirektor Miraglia habe die Bibliothek, als wäre sie sein Eigenthum, mitlaufen lassen.

Aus Trieste erhält die „Frankf. Ztg.“ die Meldung, daß die Typhusepidemie in Pola im Steigen begriffen ist. Täglich werden 30—35 Fälle angezeigt, was angesichts der Bevölkerungszahl Pola, welche 30 000 beträgt, sehr beachtend ist. Die Natur der Krankheit ist in den letzten Tagen bösartiger geworden. Der Arztendienst ist ungenügend. Es kommen etwa 150 Kranke auf einen Arzt. Die wohlhabende Bevölkerung wandert aus, ganz wie es das nationale Proletariat zur Cholerazeit in Hamburg machte.

Von der spanischen Westküste laufen immer mehr Unglücksbootschaften ein. Der Dampfer „Churrucra“ sank im Golf von Biscaya, der deutsche Dampfer „Ceres“ erlitt starke Havarie, der Hamburger Dampfer „Tanis“ lief schwer beschädigt in den Hafen von Las Palmas ein, der holländische Postdampfer „Prinz Alexander“ erlitt erheblichen Schaden.

Weiter-Prognose für Dienstag, den 15. Dezember 1896. Ein wenig kälter, zeitweise aufklären, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich frischen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

S. A. Tifft. Es ist uns unmöglich, mit allen kleinen Brodrückblättern zu polemisieren. Freuen sie sich doch, daß die „Tifft Nachrichten“ jetzt so viel Raum für die Bekämpfung der Sozialdemokratie verwenden müssen, ist das doch ein gutes Zeichen, daß unsere Bewegung auch im äußersten Winkel des Reiches „bedrohlich“ wächst. —

Achtung!
Sozialdemokrat. Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Dienstag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Königsbank, Große Frankfurterstr. 117:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Mehger-Hamburg: Der Hasenarbeiter-Streik. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung!
Sozialdemokrat. Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südosten).
Dienstag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Senke, Trauenstr. 27:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen August Sebel.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Sozialdem. Verein „Vorwärts“, Berlin.
Dienstag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Zwei Versammlungen.
1. In J. Wernau's Festsälen, Schwedterstr. 28: „Das Werden der sozialistischen Gesellschaft aus der kapitalistischen Gegenwart“. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Penu.
2. Im „Wedding-Kasino“, Schulstr. 29: „Der moderne Rechtsstaat und die öffentliche Meinung“. Referent: Genosse Paul Zahn.
Diskussion, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 2147*
Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Die Zahlstelle bei J. Enadt, Puttbusserstr. 32, ist aufgehoben und zu G. Hermann, Puttbusserstr. 45, verlegt. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Berlin).
Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 20/21:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke.
Tagesordnung: Besprechung des Antrages einer Anzahl Zahlstellen; den Mitgliedsbeitrag dauernd zu erhöhen. Werkstatt-differenzen. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt einen Delegierten zu entsenden, da in dieser Versammlung die Stimmzettel zur Abstimmung über die Beitragserhöhung ausgegeben werden.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsverein Friedrichsberg.
Dienstag, den 15. Dezember 1896:
Versammlung.
1. Vortrag des Genossen J. Sassenbach über: „Die heilige Inquisition.“ 14/3
2. Diskussion. 14/3
3. Wahl des 1. Vorstehenden.
4. Verschiedenes.
Um zahlreichem Besuch bittet
Der Vorstand.

!!Landwirthe!!
Mit Mitgl. d. Deutschen Landwirthe-Gesellschaft. — Einmal der Landwirthe haben wir beschloßen, allen Landwirthen ohne Ausnahme dieselben Borgkapitalien zu gewähren, wie an „Wittler“, „Sand der Landwirthe“ — Genossenschaft u. — und sollen mithin jetzt unsere Bedingungen seit Jahren bekannten vorzuz. legen. **Wie Welt.** d. s. 150/150 ha. Häufige Größe. v. 180/180 ha. **Bismarck-Pferdedecken.** best. mit druckweiter Borbür. (Stellen) verleben. **Stück nur M. 3,95**
Sport-Doppel-Decke. 22x22 groß und schwer, circa 165:205 gelblich oder erdgelb, jezt **nur M. 5,95.**
Berl. gep. Rodm. ab. Borbür. des Beit. G. Schubert & Co., Berlin SW., Beuthstr. 17. Nicht gefaltete. NB. Zur Sicherheit! **Kauspreis** gerührt. **Am Sonntag, den 20. Dezember, geöffnet bis 1/9 Uhr abends, an Wochentagen bis 10 Uhr abends.**

Butterhandlung,
sichere Existenz, billig zu verkaufen; keine Branchenkenntnis erforderlich. Offerten G. 38 Postamt 33. 1894b

LINOLEUM-RESTE
Linoleum-Teppiche, auch etwas fehlerhafte, Wachstachreste, Gummi-Tischdecken sehr billig Grüner Wag 102, part.

**Automat. Waffenlanger.**
für Matten & M. für kleine & große Räume ohne Beschaffenheit des Bodens in einer Minute, hinterlassen keine Witterung u. lassen sich sehr leicht. Ueberb. d. beher. erlöste. Serie Schwabensalle. Kautale Kautale nur 2 M. G. Schubert & Co. Berlin SW., Beuthstr. 17.
Am Sonntag, den 20. Dezember, geöffnet bis 1/9 Uhr abends, an Wochentagen bis 10 Uhr abends.

Achtung! Putzer. Achtung!
Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle I des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Welchen Nutzen hat die Einrichtung einer Arbeitsvermittlung resp. eines Arbeitsnachweises für die Kollegen? 2. Berathung des Statuts event. Anträge zum bevorstehenden Verbandstag. 3. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung und Verbandsangelegenheiten. 1847
Ersuche die Kollegen, für recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitiren.
Der Bevollmächtigte.

Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung
am Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen (großer Saal), Beuthstraße Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Der Ausstand der Hamburger Hasenarbeiter. Referent: Reichstags-Abgeordneter Carl Frohme, Hamburg.
2. Die bevorstehenden Maßnahmen der Rühnemänner und die Wahl eines Vertreters in die Zehner-Kommission der Berliner Metallarbeiter.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 114/4
Die Agitations-Kommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Fachverein der Stellmacher
Berlin und Umgegend.
Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Babel, Rosenthalerstr. 57:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Fritz Hanson. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 159/4
Der Vorstand.

Achtung, Töpfer Charlottenburgs!
Mittwoch, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, in „Bismarckhöhe“ in Charlottenburg:

Wander-Versammlung
des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Gewerkschaftliches. 193/7
Um lebhaftem Besuch ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr:
Große Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
in den Viktoria-Sälen, Hermann-Str. 49.
Tages-Ordnung:
1. Der Hamburger Hasenarbeiterstreik. Referent: Reichstags-Abgeordneter Molkenbühr, Hamburg. 2. Diskussion.
Um rege Theilnehmung der Parteigenosseninnen und Genossen ersucht
Der Vertrauensmann.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Winterpaletots, Anzüge, Hosen, Röcke, Pneumatic, bill. zu verkaufen
Friedenstr. 53, v. II. Ehrlich. [1896b]

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 14. Dezember, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. d. Rucke und Kommissarien.
Der Vertrag mit Holland wegen Erhaltung des Seerechts auf Vertum und wegen der Schiffszeichen auf der Unter-Emis wird debattelos in dritter Lesung genehmigt.
Es folgt die zweite Beratung der Vorlage betr. die Befreiung des Gewerbebetriebes im Umherziehen.

Die Kommission, welche den Entwurf beraten hat, empfiehlt einen Zusatz zur Vorlage, wonach die Gewerbebescheinigung für Reisende, wenn im Laufe des Jahres ein Wechsel in deren Person eintritt, für den Rest ihrer Gültigkeitsdauer steuerfrei auf die Person des Nachfolgers durch Umschreibung oder anderweitige Ausfertigung übertragen werden sollen.

Abg. v. Brockhausen (L) erklärt, daß seine Freunde die Vorlage als eine notwendige Folge der Gewerbe-Ordnungs-Novelle betrachten und den Kommissionsbeschlüssen zustimmen werden.

Abg. Kircher (Z) äußert sich in gleichem Sinne.

Abg. Gothein (r. Bg.): Die Vorlage enthält eine Doppelbesteuerung, da nach dem Sinne der Gewerbebescheinigung die von dem Hauptgeschäft entrichtete Steuer auch den Betrieb im Umherziehen umfaßt. Wohin kommen wir dann mit dieser Gesetzesänderung? Die Kommission scheint die Tragweite der Vorlage auch nicht ganz erfaßt zu haben. Im Westen, namentlich in Westfalen, ist der stehende Gewerbebetrieb auf den Verkehr im Umherziehen angewiesen. Bauarbeiter, Steinhändler und viele andere fallen unter dies Gesetz, auch wenn sie nur einzelne, wenige Geschäfte abschließen. Das wird eine Menge von Demunziationen und Schikanen zur Folge haben, die viel mehr Ärger erzeugen, als den wenigen schätzbaren Geschäftsleuten Vorteil erwachsen kann.

Regierungskommissar General-Steuerrichter Dinghardt: Doppelbesteuerung liegt nicht vor; das Gewerbebescheinigungsgesetz bestimmt ausdrücklich, daß in der Steuer für das selbstbetriebe Gewerbe die Steuer für einen etwaigen Hausbetrieb nicht mit enthalten ist.

Regierungskommissar Geh. Rath Siefert erwidert auf einen Vorwurf des Abg. Gothein, daß nach den Bestimmungen der Vorlage eine Begünstigung ausländischer Reisender infolge der Handelsverträge nicht eintrete; es ist dies bei Abschluß der Handelsverträge ausdrücklich vorgesehen worden.

Abg. Wambhoff (natl.): Die Vorlage ist eine Konsequenz der Reichsreform; eine wohlthätige Wirkung für den lebhaftesten Geschäftsmann ist von ihr zu erhoffen.

Der vorerwähnte Kommissionsantrag wird nach kurzer weiterer Debatte angenommen und mit demselben die Vorlage.

Es folgt die erste Lesung der Städte- und Landgemeindeförderung für Hessen-Rassau.

Minister des Innern v. d. Rucke: Die Vorlage, deren Bedürfnis in der Bevölkerung, von dem Provinziallandtag und von der Regierung übereinstimmend anerkannt wird, soll einer Reihe von Mängeln Abhilfe schaffen, die sich unter den jetzigen Verhältnissen herausgebildet haben.

Abg. Dr. Lieber (Z): Wir sind zu der gewünschten Hilfe gern bereit, vermögen aber doch die Nothwendigkeit aller Bestimmungen der Vorlage, so namentlich die Sonderstellung der Stadt Frankfurt nicht anzuerkennen. Unsympathisch sind uns die Hinderstände und die Dreiklassenwahl, letztere ist vielfach eine Verschlechterung des jetzigen Zustandes. Das allmähliche Zusammenwachsen der Provinz soll man nicht mit Gewaltmitteln fördern wollen, sonst erreicht man das Gegentheil von dem was beabsichtigt ist. Redner beantragt Vorberatung durch eine besondere 21er Kommission.

In ähnlichem Sinne spricht Abg. Kircher (Z).

Abg. Dr. Voigt (natl.): Bedenktlich erscheint die Anstellung der Bürgermeister auf Lebenszeit, auch deren Befoldungsverhältnisse bedürfen noch einer Nachprüfung.

Abg. Zimmermann (r.): Die Vorlage wird eine große Zahl von Hindernissen beseitigen, welche dem Zusammenwachsen der beiden Theile der Provinz Hessen entgegenstanden. Das mehrfach angefeindete Wahlrecht ist für den größten Theil der Provinz noch immer ein Fortschritt gegenüber den jetzigen Verhältnissen. Unberechtigt ist die Bestimmung, wonach Richter, Geistliche und Lehrer kein passives Wahlrecht haben sollen.

Abg. Schaffner (natl.) hat ebenfalls Bedenken gegen die Bürgermeister-Bestimmungen der Vorlage, namentlich gegen die Befoldungsvorschriften.

Abg. v. Pappenheim (L): In der Wahlrechts-Gestaltung ist eine so weitgehende Abweichung von den bisherigen Verhältnissen nicht zu finden, auch die Stellung der Bürgermeister in Hessen war bisher immer eine sehr selbständige.

Minister v. d. Rucke: Auch ich bin der Meinung, daß an das Bestehende angeknüpft werden und daß man sich bemühen muß, die Befolgungsmaschine in ein gemäßigteres Tempo zu bringen. Die lebenslängliche Anstellung der Bürgermeister ist nach der Vorlage nur fakultativ, nicht obligatorisch. Die besondere Behandlung der Stadt Frankfurt war logisch notwendig, denn die dort bestehende Gemeindeverfassung hat sich dort ganz gut bewährt und es lag kein Grund vor, sie zu ändern. Die Gestaltung des Wahlrechts war dadurch bedingt, daß man eine einheitliche Regelung wünschte und da erschien das Dreiklassensystem das einzig gegebene; denn ich kenne vorläufig kein besseres. Richter, Lehrer und Pfarrer sind in allen anderen Städte-Ordnungen von der Theilnahme an der Verwaltung ausgeschlossen und es schien nicht ratsam, hier eine Ausnahme zu machen.

Abg. Dr. Beckmann (L) hat für seine Person Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage, so namentlich gegen die Befestigung des kollegialen Gemeinderaths.

Abg. Dabach (Z) bekämpft das Dreiklassensystem, das sich auch in Preußen, namentlich nach der Steuerreform, als ganz unhaltbar erwiesen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. Das Haus tritt in die 3. Lesung der Vorlage betr. die Befreiung des Gewerbebetriebes im Umherziehen ein. Die Vorlage wird unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 17. Dezember, 11 Uhr: Handelskammer-Gesetz in erster Lesung.
Schluß 3/4 Uhr.

Soziales.

Das Ergebnis der Arbeitslosen-Zählungen, die am 14. Juni und am 2. Dezember vorigen Jahres in Deutschen Reich vorgenommen wurden, liegt jetzt vor. Danach betrug die Zahl der Arbeitslosen am 14. Juni 179 004, am 2. Dezember 553 640. Davon kommen auf Preußen 117 852 am 14. Juni, 408 708 am 2. Dezember, Bayern 10 158 am 14. Juni, 88 829 am 2. Dezember, Sachsen 20 381 am 14. Juni, 128 847 am 2. Dezember, Württemberg 2471 am 14. Juni, 10 809 am 2. Dezember, Baden 2888 am 14. Juni, 7414 am 2. Dezember, Elsaß-Lothringen

1525 und 5641. Von den übrigen Staaten sei Bismarck (Detmold) erwähnt, wo am 14. Juni die Zahl der Arbeitslosen 94, am 2. Dezember dagegen 8888 betrug. In den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern betrug die Zahl der Arbeitslosen am 14. Juni 61 469, am 2. Dezember 348 490, in den Gemeinden von 10—100 000 Einwohnern 88 624 und 88 849, in den 25 Großstädten 78 911 und 116 801. Von den Großstädten hatten Arbeitslose: Königsberg im Juni 1986 (im Dezember 3927), Danzig 1176 (3209), Berlin 27 622 (36 889), Charlottenburg 979 (2124), Stettin 1208 (3042), Breslau 4232 (6574), Magdeburg 1640 (3823), Halle a. S. 1066 (1823), Altona 2605 (4906), Hannover 1782 (3142), Dortmund 557 (741), Frankfurt a. M. 1811 (2942), Düsseldorf 658 (1813), Elberfeld 826 (1127), Warmen 623 (779), Krefeld 848 (779), Köln 1541 (3068), Aachen 449 (1826), München 2289 (4610), Nürnberg 658 (1054), Dresden 3190 (8700), Leipzig 5285 (4594), Chemnitz 1843 (1843), Stuttgart 472 (1852), Posen 622 (1720), Bremen 829 (1516), Hamburg 12 652 (13 838).

Auf die Berufs-Hauptgruppen vertheilt sich die Arbeitslosen wie folgt: Landwirtschaft, Gärtnerei und Thierzucht, Forstwirtschaft und Fischei 19 204 im Juni, 162 472 im Dezember, Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Gewerbe 97 782 und 274 625, Handel und Verkehr 26 180 und 41 994, häusliche Dienste (einschl. persönlicher Bedienung), auch Lohnarbeit wechselnder Art u. s. w. 80 907 und 68 423, Staats-, Gemeinde-, Kirchendienst, freie Berufsarten 4931 und 6126.

Bemerkte sei noch, daß unter den Arbeitslosen nur solche, nicht auch Kranke zu verstehen sind.

Politische Agitation in Staatsbetrieben. Man schreibt uns: Auf der kaiserlichen Werft in Kiel sind in dieser Tage namentlich an die Arbeiter zahlreiche Exemplare der Broschüre des Werftarbeiters Theodor Lorenzen gratis vertheilt worden. Woher das Geld zu diesen 500 Broschüren gekommen ist, haben wir nicht erfahren können. Bekanntlich hat Lorenzen das Bedürfnis gehabt, in seiner Broschüre die Sozialdemokratie zu vernichten.

Dieselbe Broschüre ist bekanntlich sogar vom evangelischen Arbeiterverein wegen ihres albernen Inhalts desavouirt worden.

Wie notwendig eine gründliche Kontrolle der Bäckereibetriebe ist, zeigt folgende Meldung: Der Bäckermeister Joh. Zimmerlein in Nürnberg beschäftigte einen Gehilfen, trotzdem er wußte, daß dieser mit Krätze befallen war. Das Schöffengericht verurtheilte Zimmerlein dieferhalb zu 30 M. Geldstrafe.

Tabakbau und Tabakernte im deutschen Zollgebiete. Im Jahre 1895 sind von 167 022 Pflanzern Flächen im Gesamtinhalt von 21 155 Hektar mit Tabak bepflanzt worden (1894 von 152 261 Pflanzern 17 375 Hektar). Die Ernte betrug im ganzen 48 580 Tonnen Tabak (in dachreifen, trockenem Zustande) oder durchschnittlich 2296 Kilogramm auf 1 Hektar; in seinem der vorhergegangenen 20 Jahre ist ein so hoher Durchschnittsertrag erzielt worden. Namentlich Elsaß-Lothringen hat eine sehr ergiebige Ernte gehabt, die sich im Durchschnitt mit 3118 Kilogramm auf 1 Hektar berechnet. Für den 1895er Tabak sind etwas geringere Preise bezahlt worden als für die vorangegangenen drei Jahrgänge; doch berechnet sich der mittlere Preis für das ganze Zollgebiet immerhin noch auf 776 M. für eine Tonne trockener Tabakblätter (1894 842 M., 1891 745 M.).

Im Jahre 1896 sind von 158 077 Pflanzern 22 145 Hektar mit Tabak bepflanzt worden. Demnach hat der Anbau von Tabak gegen die Vorjahre wieder nicht unerheblich zugenommen (gegen 1895 um 900 Hektar oder nahezu 5 v. H.). Besonders in den preussischen Provinzen Brandenburg und Pommern hat sich der Tabakbau wieder stark gehoben; in ergebnisreicher Provinz ist die Anbaufläche von 2465 Hektaren im Jahre 1895 auf 2992 Hektar im Jahre 1896 oder um mehr als 21 v. H. angewachsen.

Bierbrauerei und Bierbesteuerung. Im Jahre 1895/96 (theils Staats-, theils Kalenders- und theils Steuerjahr) sind an Bierabgaben erhoben worden: im Brauereigebiet 34,6 Millionen Mark, in Bayern 38,8, Württemberg 9,2, Baden 6,2 und Elsaß-Lothringen 3,2 Millionen Mark; danach kamen auf den Kopf der Bevölkerung: im Brauereigebiet 0,85 M., in Bayern 0,85 M., Württemberg 4,41 M., Baden 3,63 M., und Elsaß-Lothringen 1,95 M. Der Verbrauch an Bier (die Biergewinnung zuzüglich der Einfuhr und abzüglich der Ausfuhr) betrug: im Brauereigebiet 30,7 Mill. Hektoliter oder 97,1 Liter auf den Kopf, Bayern 13,6 Mill. Hektoliter oder 233,8 Liter auf den Kopf, Württemberg 3,9 Mill. Hektoliter oder 188,9 Liter auf den Kopf, Baden 1,9 Mill. Hektoliter oder 110,5 Liter auf den Kopf und Elsaß-Lothringen 1,3 Mill. Hektoliter oder 78,8 Liter auf den Kopf. Die Verhältnisse waren für den Betrieb der Brauereien und den Bierabfah besonders günstig, da bei guten und verhältnismäßig billigem Rohmaterial ein warmer Sommer, Mangel an Obst und theurer Wein den Biergenuss förderten.

Zuckergewinnung und Besteuerung im deutschen Zollgebiet. Während des Betriebsjahres 1895/96 waren 897 Rübenzucker-Fabriken, 55 Raffinerien und 6 selbständige Melasse-Entzuckerungsanstalten, im ganzen also 458 Zuckerraffinerien in Betrieb. Verarbeitet wurden 11,7 Millionen Tonnen Rüben (im Verlaufe in 405 Fabriken 14,5 Millionen Tonnen. Die gesammte Erzeugung der Fabriken (Melasse-Entzuckerungsanstalten eingerechnet) betrug 1895/96 in Rohzucker umgerechnet 1 687 057 Tonnen gegen 1 827 974 Tonnen im Betriebsjahre 1894/95. Zur Herstellung von 1 Tonne Rohzucker waren im Betriebsjahre 1894/95 7,94 Tonnen, 1895/96 dagegen nur 7,13 Tonnen Rüben erforderlich. Die Ausfuhr von Zucker nach dem Auslande betrug, in Rohzucker ausgedrückt, 958 128 Tonnen gegen 1 046 043 Tonnen im Jahre 1894/95.

Einer unerhörten Wahlbeeinflussung haben sich, wie man uns schreibt, die Leiter des Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbau-Vereins (Wilhelmsschächte) schuldig gemacht, indem sie einige Stunden vor der Knappschaftswahl, die am Sonntag Nachmittag vor sich ging, mehrere Kandidaten, deren Wahl gesichert erschien, ohne Angabe der Gründe entlassen haben. Die Leute sind als tüchtige Arbeiter bekannt, verheirathet und schon gegen 7 Jahre auf dem Werk beschäftigt. Auf der Vergewaltigung, wo sie sich sofort beschwerten, ist ein Protest gegen die Gültigkeit der Wahl zu Protokoll genommen worden.

Aus Mainz wird uns geschrieben: Die Stadtverordneten-Versammlung hat am Mittwoch endlich, nach dreijährigem Gehen und Bangen, das Statut für die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes genehmigt. Die Hauptschuld an der Verzögerung trug allerdings die Regierung in Darmstadt, welche der Sache Schwierigkeiten bereite. Nachdem sie aber nachträglich die Statuten in Gießen und Worms genehmigt, wird sie wohl nicht anders können, als auch den gleichen Maßstab für Mainz anzulegen. Das Arbeitsamt soll am 1. April 1897 eröffnet werden. Es hat zwei Abtheilungen, eine männliche und eine weibliche, letztere soll unter Leitung einer Frau stehen. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Auch

der sog. Streikparagraf hat Aufnahme gefunden. Wenn Streiks oder Aussperrungen erfolgen, so muß das Amt seine Thätigkeit für die Beteiligten einstellen, sobald einer der streikenden Theile das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen hat, und es nimmt die Thätigkeit wieder auf, sobald ein von beiden Theilen anerkannter Schiedspruch nicht erfolgt ist.

In Würzburg ist das Zustandekommen des geplanten städtischen Arbeitsamtes nunmehr gesichert. Der Magistrat hat das hierfür ausgearbeitete Statut genehmigt. Das Arbeitsamt umfaßt die Stellenvermittlung aller Kategorien von Arbeitssuchenden beiderlei Geschlechts, doch wurde vorläufig von der Errichtung einer besonderen Abtheilung für weibliche Arbeitssuchende abgesehen. Der Vorsitzende wird vom Magistrat gewählt; er darf weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber sein. Von den sechs Kommissionsmitgliedern wählt die drei Arbeitgeber das Gemeindefakultätium, die drei Arbeitnehmer wählen die Arbeiter-Vertreter des Gewerbeamtes. Das Statut enthält folgende Streikklausel: „Sobald Arbeitsstellen und Arbeiteraussperrungen zur Kenntniß der Kommission gelangen, hat diese den Beteiligten eine kurz bemessene Frist zu setzen, binnen der das Einigungsamt des Gewerbeamtes zur Beilegung der Differenzen anzurufen ist. Geschieht dies nicht, oder kommt kein Schiedspruch zu Stande, oder unterwerfen sich die Beteiligten dem Schiedspruch nicht, so hat die Kommission darüber Beschluß zu fassen, ob das Arbeitsamt für die Beteiligten seine Thätigkeit einstellen soll oder nicht.“

Die Errichtung eines Gewerbeamtes ist vom Rath der Stadt Rostock abgelehnt worden, weil für die Errichtung „zur Zeit ein Anlaß nicht gegeben“ sei. Daß der erforderliche „Anlaß“ geschaffen wird, dafür wird die Beharrlichkeit der Rostocker Arbeiter sorgen. Bezeichnend ist es aber für den heutigen Stand unserer „Sozialreform“, daß die Arbeiter in einer ganzen Reihe von Orten erst langwierige Kämpfe führen müssen, um ein Gewerbeamt zu bekommen.

Versammlungen.

Die Handwerkerorganisation bildete das Thema einer Versammlung des konservativen Vereins im zweiten Wahlkreis, über deren Verlauf uns ein Teilnehmer folgendes berichtet: Zu Beginn der Verhandlung theilte der Vorsitzende, Oberst von Krause, mit, daß der von Herrn Ventel beauftragte sei, der Versammlung zu erklären, daß derselbe es ablehne, in dieser Versammlung zu sprechen und sich überhaupt gänzlich von der Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten zurückziehe. (Diese Erklärung war ansehnlich die Folge der an demselben Tage stattgehabten Obermeisterwahl der Schuhmachervereinigung, zu welcher der schon bei der letzten Wahl ausgesetzte Herr Ventel wieder kandidirte.) Der Vorsitzende wies Johann darauf hin, daß er 6000 Einladungen verschickt habe, der Besuch entspreche aber durchwegs nicht seinen Erwartungen. (Es waren ungefähr 130 Menschen anwesend, und etlichen sah man es schon von weitem an, daß sie keine Handwerker waren.) Der Abg. Jacobsdörfer hielt sich in seinen Ausführungen sehr reservirt; er schimpfte auf die Gewerbevereine in Mittel- und Süddeutschland, in denen Lehrer, Professoren und Juristen das große Wort führen, und sagte zum Schluß den Handwerkern wenig schmeichelhafte Artigkeiten, indem er unter anderem meinte, die schlimmsten Feinde des Handwerkes seien die Handwerker selber, weil sie nicht verstanden, ihre Interessen wahrzunehmen. Darauf rebete der Freiherr v. Plettenberg etwas über den unfaulanten Wettbewerb. Er fing bei dem Kriege von 1806 an und brüllte seine Phrasen mit einer derartigen Beharrlichkeit in den leeren Saal hinein, daß ich es vorzog, mich schleunigst zu entfernen.

Ueber den Hamburger Hafenarbeiter-Streik sprach der Privatdozent Dr. Jaström am Sonntag Mittag vor einem vorwiegend aus Angehörigen bürgerlicher Kreise, aus Geschäftsleuten bestehenden Publikum im Konzerthause, Leipzigerstraße. Der Redner erklärte zunächst die Thätigkeiten der einzelnen beim Streik beteiligten Arbeiterkategorien und schilderte sodann in klarer Weise die unseren Lesern durch unsere ausführlichen Berichte bekannte Entwicklung des Streiks bis auf den gegenwärtigen Stand, wobei ihm sein Studium der Streikbewegung an Ort und Stelle sehr zu statten kam. Die Unternehmer wollten den Nachstreik, sie wollten die Arbeiter hungern. Dem dürfe die übrige Geschäftswelt Deutschlands nicht theilnahmslos zusehen, sondern es müsse den Hamburger Arbeitern, die in so mancher Beziehung hinter dem Geist der Zeit zurückgeblieben seien, der Standpunkt klar gemacht werden. Weit schlimmer noch als die petulantische Nachtheile würde bei einer Niederwerfung des Streiks die in Zahlen nicht auszudrückende Verbitterung bei den Arbeitern sein. (Beifall.) Im weiteren geistelte der Redner dann den Pöhlischen Schwindel und theilt demgegenüber einige authentische Zahlen mit, die ein ganz anderes Bild von den wirklichen Eöhnen der Hafenarbeiter geben. Ueberdies sei es im heutigen Zeitalter des freien Arbeitsvertrages durchaus nicht nöthig, daß die Arbeiter erst dann streikten, wenn sie Hungerlöhne hätten, sondern der Arbeiter habe durchaus das Recht, seine Baare Arbeitskraft zu dem Preise zu verkaufen, den er für angemessen halte. Die Situation der Arbeit, die sich nicht in erster Linie auf den Dividenden regelt, sondern auf der Höhe der Frachtsätze, sei eine gute. Der Redner entwidelt zum Schluß noch die übrigen Forderungen der Streikenden, die er ebenfalls im vollsten Maße billigt. Er fordert, daß eine Beendigung des Streiks durch Einsetzung eines Schiedsgerichts herbeigeführt werde. An der Diskussion beteiligten sich in zustimmendem Sinne der Generalsekretär der deutschen Gewerksvereine, Dr. Max Hirsch, der im Namen der deutschen Gewerksvereine seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Resolution bekräftigte, und Herr Bogatz, Vorsitzender des Bundes Berliner Industrieller. Die folgende Resolution wurde ohne Widerspruch angenommen: „Die am 13. Dezember im Konzerthaus versammelten Männer und Frauen aller Stände Berlins erkläre in den Arbeitsstreitigkeiten an dem ersten Hafen Deutschlands eine Angelegenheit von mehr als lokaler Bedeutung. Sie halten den Standpunkt, daß solche Streitigkeiten durch Niederwerfung des einen oder des anderen Theils beendet werden müßten, für veraltet und sprechen die Ueberzeugung aus, daß der Versuch eines Schiedsgerichts oder Einigungsamtes wiederholt werden muß. Die Versammlung beauftragt ihr Bureau, unter Hinzuziehung einiger hervorragender Teilnehmer diesen Beschluß zur Kenntniß der beiden streitenden Theile zu bringen.“

Eine Formerversammlung, die am Sonntag im Kolberger Salon tagte, beschäftigte sich im ersten Punkt der Tagesordnung mit dem beendeten Streik bei der Firma H. Hartung. Louis Müller berichtete über die mehrmaligen Verhandlungen, die zwischen der Direktion und der Kommission der Streikenden stattgefunden haben. Während die Firma in der ersten Zusammenkunft sich nur zur Einstellung von 30 Arbeitern aus der Zahl der etwa 90 Streikenden bereit erklärt habe und die Kommission darauf die Verhandlungen abbrach, sei später dem Verlangen der Ausständigen

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, 13. Dezember.
Opernhaus. Hänsel und Gretel. Hierauf: Phantasien im Bremer Rathauskeller.
Schauspielhaus. Ein Volkseind.
Deutsches Theater. Die verunkelte Glode.
Berliner Theater. Renaissance.
Festung-Theater. Die goldene Eva.
Theater des Westens. Schiedsmann Hempel.
Neues Theater. Ulranda. Hierauf: Hochprüge.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Theater Unter den Linden. Der Mikado. Hierauf: Unter den Linden.
Thalia-Theater. Das Wetterhäuschen. Hierauf: Goldene Herzen.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Schiller-Theater. Ein Wintermärchen.
Velle - Alliance - Theater. Die Tannenfee.
Abend-Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Robert und Bertram.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater.
Alexanderplatz-Theater. Sein Verhältnis.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
 Chausseest. 23/26. Dir. Max Samat.
Der Hüttenbesitzer.
 Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von George Ohnet. Anfang 8 Uhr.
 Billets sind ohne Vorbestellung gültig an der Theaterkasse zu haben, außerdem im „Invalidendank“, Unter den Linden 24, im Cigarrengeschäft von Paul Romel, Leipzigerstr. 6, und bei Julius Lengenfeld, Marienplatzstr. 50.
 Mittwoch, zum ersten Male:
Avius.
 Trauerspiel in 5 Akten von H. Dehler. In Vorbereitung:
Der Weidenknecht.
 Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.

Alexanderplatz-Theater.
Sein Verhältnis.
 Stützenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Karl Poppe. Anfang 8 Uhr.
 (Bons, auch zu anderen Stücken ausgegeben, behalten ihre Gültigkeit.)
 Morgen und die folgenden Tage:
Sein Verhältnis.
 Billets sind ohne Vorbestellung gültig an der Kasse des Theaters vormittags von 11-1 Uhr, abends von 1/2 7 Uhr an zu haben.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Direktion: Richard Schultz.
 Dienstag, den 15. Dezember 1896:
Emil Thomas u. G.
 Zum 86. Male:
Eine wilde Sache.
 Große burleske Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von J. Gindshofer.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen und die folgenden Tage:
Eine wilde Sache.
 Anfang 1/2 8 Uhr.

Circus Busch.
 (Bahnhof Börse.)
 Dienstag, den 15. Dezember: abends 7 1/2 Uhr:
Große Elite-Vorstellung.
Fischen, das Waldmädchen.
 Schwimmende Elefanten, schwimmende Pferde mit Reitern. Außerdem: 4 Fuchshengste als Turnspringer, dress. und vorgef. vom Dir. Busch. Nonstre-Tableau von 70 Hengsten, dress. und vorgef. vom Dir. Busch. Die Troika, senat. Reutheit, dress. und ger. v. Herrn Poottit-Burghard. Wellington, russ. Hengst, dress. u. ger. von Herrn Salamonsky. 4 Amazonen. Der phänom. Sprung über einen Landauer mit Insassen. Wolensritt. Aufstehen des Gigeri-Klowns Mr. Alf. Daniels. Der Klown Bogdanowsky als Rindorfer. Spezialitäten ersten Ranges.
 Morgen: **Zecheu.**

Thalia-Theater
 (vormals: Adolph Ernst-Theater)
 Dresdenerstr. 72/73.
Das Wetterhäuschen.
 (Weather or no.)
 Musikalisches Genrebild von Rob. Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von Selby.
 Darauf:
Goldene Herzen.
 Schwank in 4 Akten von C. Karlowitz. Morgen und folgende Tage: **Das Wetterhäuschen. Goldene Herzen.**

Goldene Herzen.
 Schwank in 4 Akten von C. Karlowitz. Morgen und folgende Tage: **Das Wetterhäuschen. Goldene Herzen.**

Volks-Theater
 34 Reichenbergerstr. 34, nahe dem Kottbuser Thor.
 Täglich:
Weihnachtsfest-Decorations
 sämtlicher Säle
 bei rumänischem Nationalkonzert.
 Dazu:
Robert u. Bertram
 Robert: Dr. Kottmar, Bertram: Dr. Wackler, Hösel: Fr. G. Sonden.
Anfang:
 Sonntag: Konzert 5, Theater 7 Uhr.
 Woche: Konzert 6, Theater 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. bis 3 M.

Abend-Theater.
 Grosse Frankfurterstr. 132
 Direktion: Carl Weich.
 Heute und folgende Tage:
Der deutsche Michel.
 Anfang 8 Uhr.

!!! Novität!!!
Schippanowsky's
Internationale Konzerte
 Spandauer Brücke - Stadtbahnhof.
Im Frühlingsglanze!
 Neue phänomen. Ausstattung.
 Heute konzertieren:
 Im Fiederhalm: Wiener Damen-Kapelle „Wiener Herzen.“
 Rosenlaube: Elite-Orchester „All Heil.“
 Obstgarten: Ital. Sänger-Gesellschaft „Sacco.“
 Hoptenlaube: Instrument „Laczu.“
 Weinberg: Tiroler Sänger- und Längergesellschaft „Eder.“
 Theater-Abtheilung:
 ■ Klabendlich Auftreten von ■ Humoristen, Komikern, Duettisten u. s. w.
 Anfang Wochent. 6 Uhr Nachm.
 Entree frei.
 Vorzügliche und billige Küche.
 Table d'hôte à Concert 75 Pf.

Feen-Palast
 Burgstrasse 22.
 Direktion: Winkler & Fröbel.
 Das hochinteressante
Weihnachts-Programm.
 Neu! Der Neu!
Traum am Weihnachts-Abend.
 Neu! Neu!
Douglas-Quartett.
 Acht afrikanische Sänger und Tänzer.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonntag: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.
 Am 2. Feiertag, mittags 12 Uhr:
Grosse Fest-Matinée
 des gesammten Künstler-Personals unter Mitwirkung von W. Fröbel. Freikarten haben Gültigkeit.

Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glöck.
Mr. Ganivet
Isa Edelweiss.
 Geschw. Rohnsdorf.
 Robert Steidl.
Kinetograph (lebende Photographie).
The Piwitts. Mr. Dale
 und **30 allererste Kunstkräfte.**
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Achtung! Achtung!
Englischer Garten,
 Alexanderstr. 270.
 Befonderer Umstände halber ist der Portiere-Saal am 1. und 2. Januar 1897 zu Veranstaltungen und Tanz frei.

Urania.
 Taubonstr. 48/49. Taubonstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57-62
 Gehrt. Stadtbahnhof
 täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
 Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.
 Im Theateraal:
Traumbilder.
 Eine Weihnachtsfeier mit Musik und Gesang
 Ohne Extra-Entrée
Neu!
 Hundert Jahre Mode.

Castan's
Panopticum
 Neu! Die wunderbaren
 Neu! indischen
 Neu! Pygmäen
 Neu! Ur-Australier
 (Kannibalen).

Blitz und Donner
 Tag und Nacht, Regen und Sonnenschein mit seltener Naturtraue im
Elektrischen Theater
 Mauerstraße 66.
 Außerdem:
 Kinetograph u. Kinesiphonograph.
 Eintrittspreis für alle 3 Vorstellungen 50 Pf. Kinder die Hälfte. Vereine erhalten bedeutende Ermäßigung.

Alcazar.
 Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
 Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
 Annonstrasse 42/43.
 Bornehmster Familien-Kaufsal.
 Neu! Neu!
Der Weltuntergang.
 Poffe in 1 Akt von G. Moser.
 The two Avelli, Ring- u. Kraftturner.
 Mita Roselli, Excentric-Soubrette ersten Ranges.
 Hans und Clara Sarso, Original-Duettisten.
 Brothers Lilburns, Parterre- und Handstand-Akrobaten u. s. w.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
 Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 R. Winkler.

Vogler's Casino
 (früher **Welt-Kaschau**)
 Dresdenerstr. 97.
 Variété- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten von Kunstkräften nur I. Ranges.
 Im vorderen Saal täglich:
Großes Konzert
 der
 unübertrefflichen italienischen National-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft
Domenico Conti.
 Entree vollständig frei.
 Im großen Theatersaal:
 Eine gestörte Theaterprobe.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
 Sonntags 6 Uhr.
 Billards. 4 neue Kegelbahnen.
 Sorgfältig gepflegte Biere,
 anerkannt gute Küche.

Fohannisbeerwein
 weiss u. roth, Stachelbeer, Heidelbeer, Wein u. Fenchel, 75 Pf. Ananas, Pfirsich, Kirschen, 50 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
 Berlin SW. 61., Belle-Allianceplatz 6a.
 Neue Fried. Schura u. St., Oranienstrasse 290.
 Genthstr. 29. Gruner Weg 36.
 Charlottenburg, Kaiser Friedrichstrasse 48.

Strickmaschinen
 aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten u. ein leichter Erwerbzweig f. Männer, Frauen u. Posam.-Geschäfte. Erlernen leicht u. gratis. Arbeit w. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter H. Gomburger, Heiliggeiststr. 49, Berlin. Nachmittags. 69478.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
 Freitag, den 18. Dezember, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Joël, Andreasstr. 21:
Grosser Experimental-Vortrag
 über: Die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Röntgen-schen Entdeckung, gehalten von Herrn F. Clausen.
 Der gesammte Ueberschuss ist für die streikenden Hamburger Hafen-arbeiter bestimmt. Eintritt 20 Pf. 5/1
 Um möglichst zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Lohnender, leicht verkäuflicher Artikel
Für Händler und Kaufleute!
Neu! X-Strahlen-Apparat. Neu!
 Stück 40 Pf. Bei Duzend-Abnahme Ermäßigung. Stück 40 Pf.
J. Bargou Söhne, Jerusalemstr. 19-20,
 gegenüber Kronenstrasse.

WEIHNACHT 1896

Der Verlag v. Hans Basko
 Berlin S. O. City - Spillplatz
 empfiehlt als geeignet für den
Weihnachtsstich:
 Das Arbeiterrecht, geb. in
 Goldbroschen . . . 3.- M.
 Sittliche, in Festschrift 3,50 M.
 Märchenbuch für d. Kinder
 d. Arbeiterklasse (Illustrirt
 und gezeichnet von
 Grunwaldt) . . . 1.- M.
 Sticker des Arbeiterrechts
 0,60 M.
 Spielzeit mit Reisen (Ein Ge-
 schichtsbuch) . . . 0,75 M.
 Gedruckte Hefen, elegant
 gebunden . . . A. 1,50 M.

Unsinn!!
 Ich es, viel Geld für Güte auszugeben,
 man erhält auch zu billigen Preisen
 gute und elegante Sachen, z. B.:
 Knabenfilzhüte von 1.- M. an
 Herrenfilzhüte . . . 1,50
 Cylinderröcke . . . 4.-
 Haarfilzhüte . . . 4,80
 Chapeau elague, Plüsch-Hüte,
 Loden- u. Jagdhüte enorm billig
 im Einzelverkauf
 bei **Arnold & Eggert,**
 Gut-Engros-Lager,
 Waldemarstr. 44, portiere rechts
 im Komptoir. Sein Laden.
 Nur moderne Waare in großer
 Auswahl.

Karl Scholz, Brangelstraße 32,
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Wästen und Bildern
Kassale, Marx, Engels u. a.
 in diversen Größen, in sauberster Ausführung. Lager von Stahl- u. Kupfer-schalen, Delgemälde, alle Sorten Rahme. Besonders zu Geschenken geeignet
Der 1. Mai.
 Für Vereine und Klubs Preisermäßigung.
 Nach Auswärts brieflich gegen Nachnahme. 2911L

M. Schulmeister
 Schneidermeister, 57949*
 Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
 empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende
 Spezialartikel:
Hohenzollern-Mäntel mit einer
 5 Mr. 25 an.
Winter-Paletots aus Eskimo-Stoffen,
 Floconné- u. Mouffe-
 Stoffen, schwarz,
 blau, braun und modifarben, 1. und Dreifig, mit Lama
 gefüttert . . . von M. 18-45
Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwirnstoffen,
 1. u. Dreifig . . . 16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kamm-
 garn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen,
 1. u. Dreifig . . . 20-35
Jaquet-Anzüge modernster Farben in Satin- u.
 englischen Cheviot-Stoffen, eleg.
 Ausführung . . . 22-36
Rod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz, Kamm-
 u. Satin-Stoffen, moderner Façons . . . 25-38
Rod-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-
 Façons . . . 30-42
Gehrod-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und
 Kammgarn-Stoffen, Dreifig . . . 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge. Loden-Mäntel von 9 M. an.
Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch.
 Farben, Kammgarn und Cheviot . . . von M. 5-10
Knabenpaletots, Knabenanzüge, Kleidam. Façons in gr. Auswahl.
Schulanzüge in Cheviot, Welour- und dauerhaftem Zwirn-
 Stoffen, 1. und Dreifig . . . von 5 M. an.
 Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen
 Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung
 gut und billig ausgeführt.

B. Günzel, Lothringerstraße 52. Spezialität: Porträts
 sozialistischer Führer,
 Kassale, Marx u. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen,
 Bildern u. dergl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstaurant.)

Kinderwagen-Bazar
 Max Brinner,
 Jerusalemstr. 12, Grunerstr. 6,
 Dresdenerstr. 128.
 Großartige Auswahl von Kinder- und
 Sportwagen, billigst. Theils gefattet.
Puppenwagen
 (Weihnachtsausverkauf) außerord.
 billig.

Beim Weihnachts-Einkauf
 gewähre meiner geehrten Kundschaft bei
 Einkäufen von 2 Mark an
10 pCt. Vergütung.
 Großes Lager in Woll- u. Strampswaar.,
 Corsets, Schürzen, Tricotagen, fertige
 Wäsche, Pappon u. Puppensohlen.
O. Wieck, Grünauerstr. 33.

Selten günstige Gelegenheit

beim Weihnachts-Bedarf in

Herren- und Knaben-Garderoben

bietet der **Total-Ausverkauf** der altrenommierten Firma

D. Perleberg, 57 Chaussee-Strasse 57.

An der Norddeutschen Brauerei.

Wegen Umbaus sämtlicher Lokalitäten werden die enormen grossen Läger in der Abtheilung für fertige Konfektion sowohl, als auch für Maass-Sachen

20 bis 30 pCt. unter Preis ausverkauft.

Massen-Bezug.

Engros-Auktionen
täglich nachmittags 5 Uhr.
Amerikan. Äpfel
Abgabe resp. Versand einzelner Fässer
Central-Markthalle Bogen 6
Eduard Weinhausen.

Bayerische Schuhfabrik
42 Jerusalemstr. 42



Neu eröffnet! **Singelverkauf**
Billiger
weiliger u. praktischer Schuhwaren.
Gute Passform und Haltbarkeit garantiert.
Damen-Verdrehstiefel M. 4,80
Damen-Filz u. Barchettstiefel 4,60
Damenknopfstiefel, warm 5,70
Verdrehstiefel, Ziegenfell 6,90
Eleganteste Kalbleder- u. Chevreau-
Damenknopfstiefel M. 8-11,50
Herren- Zugstiefel M. 5,75-11
Gummischuhe M. 2,25, Ruffen 3,50.
Detail-Verkaufsstelle der
Bayerischen Schuhfabrik
42 Jerusalemstr. 42.

Münch's Heiz-Apparate
3,50 Mk.

unentbehrlich für jeden Haushalt.
Man achte auf die Patent-Nr. 39 127, da Nachahmung nicht genügend heizen.
In haben in allen Eisengeschäften.
Intensiv-Ofen gut u. schnell heizend.
A. Münch, Brunnenstr. 82.

H. Zimmermann
Uhrmacher und Juwelier
206 Oranienstrasse 206.
Reinigen einer Taschenuhr 1,50 M.
Neue Feder einsetzen . . . 1,00 M.
Unter 2jähriger Garantie.

Photograph W. K. Böhme

Berlin, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstrasse, liefert für **Vier Mark** zwei Kabinet- und zehn Visitenbilder, auch nach eingesandten Bildern Verstorbenen u. dgl.
Das Atelier ist täglich, auch Sonntags, bis 3 Uhr geöffnet.

Goldwaaren und Uhren,
reichhaltiges Lager, vortheilhafteste Bezugsquelle für **Weihnachts-Geschenke.** - Spezialität: Trauringe, geschliffen gestempelt, niedrigste Fabrikation.
Werkstatt für Neuarbeit und Reparaturen.
Hermann Gotthilf, Alexandrinenstrasse 64,
Goldschmiedemeister. Ecke Dresdenerstrasse.

Damen-Mäntel Gelegenheitskauf.

Damen-Modelle Winterjackets, früherer Preis 10, 12, 15, jetzt 5, 7, 9 M.
Abendmäntel, hochlegant, früher 12-30, jetzt 7, 10, 12, 15 M.
Capos, Kragen, Soldapflüsch, Fedorkrimmer, zu jedem annehmbareren Preise.
Regenmäntel 8-15 M. werden verkauft.
Landsbergerstr. 59 1 Treppe. (Kein Laden.)

Acht löse

mein Leinen- und Baumwollwaaren-, Gardinen- und Teppichgeschäft vollständig auf und kommen sämtliche Waaren zu ganz enorm herabgesetzten Preisen zum

Total-Ausverkauf
Bei allen Waaren ist neben den bisherigen Preisen der Ausverkaufspreis deutlich mit Blaustift vermerkt.
Herrentuch jetzt Mtr. 19 Pf. Damen-Hemden jetzt Stk. 63 Pf. Große Teppiche jetzt 3,25 M.
Fett-Damast jetzt Mtr. 31 Pf. Damen-Viquésjaden j. Stk. 95 Pf. Plüsch-Vorlagen jetzt 90 Pf.
Feder-Duetsch jetzt Mtr. 43 Pf. Woll-Damenbeinkl. j. Paar 88 Pf. Gardinen, das Fenster jetzt 1,25 M.
Laken-Leinen jetzt Mtr. 53 Pf. Herren-Hemden jetzt Stk. 95 Pf. Woll-Kilas-Steppdecken j. 4,00 M.
Pelz-Viqué jetzt Mtr. 36 Pf. Herren-Oberhemden j. Stk. 2,25 M. Tischdecken, einfarbig, jetzt 1,75 M.

Normal-Wäsche, wollene Damen-Unterzeuge, Blousen, Kostüme und Morgenröcke.

Kleiderstoffe während des Ausverkaufs zum grossen Theil zu halben Preisen.

Lama Warp, Kleid 6 Meter doppeltbreit 1,50 M. Englische Neuheiten, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 4,80 M.
Cheviot, reine Wolle, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 3,20 M. Neue Faros, blau, grün, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 5,40 M.
W. Pestachowski, Große Frankfurterstrasse 86,
zwischen Markus- und Mariästrasse.

Halb und Halb

Mampe mit Pomeranzen!

fast auf **Reinwand** **Londoner** **Waiswaaschstoff!**
Paris für neue **Spannerquaschstoffe** M. 1,25.

In mehr als **3000 Berliner Geschäften** vorräthig.

Man kaufe rechtzeitig. Im Vorjahre hatten viele Geschäfte bereits am Vormittag des Heiligen Abend **ausverkauft.**

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof „Börse“.

Der Weihnachts-Ausverkauf ist eröffnet!

Es gelangen große Lagerbestände meiner **Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**

Fertige Wäsche! Leinenwaaren!
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf.

Stempelfabrik von **Robert Hecht,**
Berlin S., Oranienstr. 142,
liefert schnell u. billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.

Mehrere tausend feste Kunden!
Bier zum Selbstabfüllen!

Böhm'sche Malzbier-Brauerei
19. Holbergerstr. 19,
versendet von 5 Liter frei Haus:
Malzbier, pro Liter
Weizenbier, } **10 Pfennige.**
Weißbier, }
Vorzüglich empfohlen!
Tägl. Jungbierverk. bei reichl. Maas.

Beste Töpferstein
sehr billig Nicolai, Müllerstr. 144.

Hälfte der natürlichen Größe. Auf Wunsch 8 Tage zur Probe.

Kräftiges Messer

sendet die Stahlwaaren-Fabrik von **Paul Hartkopf in Solingen**

dem Einsender dieser Annonce. Ein hochfeines Taschenmesser mit 2 Klingen und Storkzieher, echte Hirschhorn-Schalen, feine Messing-Beschläge Nr. 203 zu Mark 1,80. Besteller verpflichtet sich, den Betrag hierfür binnen 8 Tagen einzusenden, oder das Messer unbeschädigt zurück zu senden. Preis- und Musterbuch gratis und frei.

Für 36 M.
seiner Winter-Valerot nach Maas; für 30 M. ff. Anzug nach Maas; für 8 M. seine Hose nach Maas; Beste j. groß. Knaben-Anzüge 2-3 M.
Kranzstr. 14, 1 Tr. Laden.

Kranzbindererei und Blumenhandlung 57982
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstrasse Nr. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Deutscher Vortier.

Deffert u. Malzkrautbier 1. Ranges.
Brauerei Burghalter, Potsdam,
gegr. 1736, bes. j. Bismarck, Bismarck,
Weichl., Böhm., Me-
Louv. u. d. leicht be-
kummt, nach kräfti-
gung, best. Ge-
schäftl. u. Gewicht-
um, überrasch. 14 Bl.
drei, 50 zehn M. erst.
In Geb. (1/4, 1/2, 1/6)
j. Selbstlab. wesentl.
billiger. Allein. Ver-
sandst. f. Berlin u.
Prov.: Portierkellerei
Ringler, Berlin,
Brunnenstr. 152.
Nicht Flaschenzahl -
Qualität entscheidet.

Beachtenswerth für Schneider!
Sonnabend: Resterverkauf.

Anzug- u. Valetstoffe.

Brenner & Co.
Alte Jakobstrasse 57/59.

Sophastoffe

auch **Reste**
in Rippe, Damast, Crêpe,
Phantastie, Gobelin und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstrasse
158.

Kaufe privat

nicht im Laden, sondern
1 Treppe **Neue Grünstrasse 2,**
an der Kommandantenstrasse.
Damen-Mäntel gut u. sehr billig.
Jaquais und Kragen.
4-5, 6, 7-9, 10-14-16 M.
Abendmäntel u. Regenmäntel.
5-7-9-10, 12-14-16-22 M.
Verkauf von 9-7 Uhr.
Sie werden überrascht sein!